

Rezensionen

Jan Pospisil: *Die Entwicklung von Sicherheit. Entwicklungspolitische Programme der USA und Deutschlands im Grenzbereich zur Sicherheitspolitik*. Bielefeld: transcript 2009, 438 Seiten

Die Verschmelzung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik ist mindestens seit einem knappen Jahrzehnt als langfristige Tendenz erkennbar. Gerade in der Debatte um den gewöhnlich als „Entwicklung“ kodierten Komplex von Maßnahmen, Strategien und Denkroutinen ist diese tiefgreifende Veränderung jedoch bisher allenfalls bruchstückhaft angekommen, geschweige denn in ihren Implikationen adäquat reflektiert worden.

Jan Pospisil unternimmt einen großen Schritt in diese Richtung. Er versteht dabei Entwicklung ebenso wie Sicherheit als Dispositive, die in dem zu analysierenden Prozess der Verschmelzung entscheidend verändert wurden. In Auseinandersetzung mit der an Michel Foucault anschließenden Debatte betont er vor allem den strategischen Gehalt des Dispositivs, das zugleich nur verständlich wird durch den Aufweis der Machtverhältnisse, in die es eingelassen ist. Sowohl diese begrifflichen Bestimmungen als auch die aus ihnen abgeleiteten methodologischen Hinweise lassen sich freilich schon angesichts der Vielgestaltigkeit des Foucault'schen Werkes nicht mit letzter Klarheit fassen. Im Anschluss an Gilles Deleuze sieht der Autor die „Aufgabe der Erarbeitung von Orientierungspunkten“ im Sinne einer „Kartographie“ (73), die er schließlich in der „Verbindung von archäologischer Strategie und strategischem Prinzip“, letzteres im Sinne einer „Ordnung des

Materials an den daraus ableitbaren Zielsetzungen“, konkretisiert (85).

Dieses Programm verfolgt er vor dem Hintergrund einer Analyse des „Dispositivcharakters von Entwicklung“ (35ff) und des „neuen Sicherheitsproblems von Entwicklung“ (89ff) in zwei empirisch konzipierten Hauptteilen. Zunächst geht er den Formen nach, die „sicherheitspolitische Entwicklungszusammenarbeit“ in den USA einerseits und in Deutschland andererseits angenommen hat (163ff) und konkretisiert diesen Vergleich dann an dem wichtigen Fallbeispiel Sri Lanka.

Wie er ausführlich begründet, ist „der spezielle Charakter des Entwicklungsdispositivs, der sich in der Vermengung mit dem Dispositiv der Sicherheit ausdrückt, primär von (der gouvernementalen) Rationalität geprägt“, neben „Elemente(n) der Disziplin und der Souveränität“ (58). Leider sagt Pospisil zwar verschiedenes zu „Entwicklungskritik“ (36ff) und zur Verknüpfung zwischen Diskurs und Macht, die den behandelten Dispositiven erst ihre Durchschlagskraft verleihen dürften; seine archäologischen Bemühungen zum Konzept „Entwicklung“ selbst gehen aber wie bei so vielen anderen Autoren nicht weiter zurück als ins Jahr 1949, zur Inauguraladresse von Harry Truman. Auch über die für die Moderne hegemoniale Vorstellung von „Entwicklung“ oder über die Einbettung auch noch von „Unterentwicklung“ in die gleichfalls hegemonialen Vorstellungen von Evolution erfahren wir nichts. Dennoch macht Pospisil deutlich, wie eine derart diffuse Vorstellung von Entwicklung sich mit den Anliegen der Risikokontrolle, aber auch der Territorialität und schließlich in den 1990er Jahren mit dem

Ansatz der „Human Security“ verbinden konnte. Damit war die entscheidende diskursive Brücke zur Sicherheitsproblematik geschlagen. Hinzu kam, wie der Autor betont, die Verschiebung der „postulierten Zielbestimmungen“ des Entwicklungsdispositivs zur Nachhaltigkeit (97), Genderfrage und Demokratisierung. Leider wird Pospisil der Komplexität gerade der Nachhaltigkeits-Debatte keineswegs gerecht und spart insbesondere die Ökologie-Frage weitgehend aus – den Brundtland-Report zitiert er sekundär. Dennoch wird deutlich, dass die Wendung zur Nachhaltigkeit die – zuvor in den Kontext von Giorgio Agambens Analyse des Ausnahmezustandes gerückte (65f) – zivile bzw. entwicklungspolitische Intervention stärker als zuvor in die Nähe der Sicherheitsproblematik rückte. Diese nahm nach dem Ende der Blockkonfrontation ihrerseits eine neue Wendung, die Pospisil an der erschreckenden Erfahrung des Völkermordes in Rwanda 1994, der Wahrnehmung eines nach 1989/90 eingetretenen „Machtvakuaums“ (112) und eben der „Möglichkeit zu einer verstärkten Politisierung ziviler Interventionen“ festmacht (113). Mit dem Postulat der „globalen Strukturpolitik“ wurde wenigstens in Deutschland auf die „‘komparativen Vorteile’ der Entwicklungspolitik“ in diesem Kontext verwiesen (113). Nimmt man den Entwicklungsdiskurs in den Blick, so steht all dies nicht mehr in der Perspektive einer nachholenden Entwicklung, sondern von „Bedrohungsszenarien“ (151). Diese Sichtweise verknüpft das neue Dispositiv zugleich mit der *Governance*-Problematik und der Diskussion über neue Kriege, die Pospisil ausführlich referiert. Speziell mit Bezug auf die Diskussion in Deutschland findet sich

dies konzentriert in Dieter Senghaas' „Zivilisatorischem Hexagon“, im internationalen Kontext eher in den Debatten um Friedenssicherung und daran anknüpfende Begriffe (*peace enforcing*, *peace building* usw.) sowie um das von Johan Galtung propagierte Konzept der Konflikttransformation. Es ist zweifellos ein Verdienst dieser Darstellung, dass Pospisil auch die gesellschaftlichen und politischen Rückbindungen und Vernetzungen thematisiert, nicht zuletzt im Hinblick auf die mit Senghaas eng verbundene Berghof-Stiftung, die bei der deutschen Intervention in Sri Lanka eine zentrale Rolle spielte.

Ungeachtet einiger teils hier angemerktten Auslassungen und Engführungen belegt dieser Teil eindrucksvoll den Prozess, in dem zuvor scheinbar weit voneinander entfernt liegende Politikbereiche zusammengeführt wurden. Nicht zuletzt sind dabei aber auch Etappen zu bedenken wie die vielfach begrüßte Einbeziehung des BMZ in den Bundessicherheitsrat zu Beginn der rot-grünen Koalition 1998.

Es ist bedauerlich, dass die beiden folgenden Teile offenbar in dem Vertrauen geschrieben wurden, die zuvor herausgearbeiteten Zusammenhänge und Tendenzen würden aus dem nun ausgebreiteten, durchaus reichen Material schon evident. Darüber hinaus hat sich Pospisil auf eine sehr knappe Schlussbetrachtung beschränkt, die wenig mehr leisten kann, als seine zentralen Thesen noch einmal zu unterstreichen und zugleich mit den Polen der „Macht“ und „Kritik“ einmal mehr – freilich nur implizit – die Differenz von traditioneller und kritischer Theorie zu benennen und für letztere zu optieren (372).

Die beiden empirisch orientierten Teile sind im Gegensatz zur theoretischen

Exposition deutlich narrativ geraten. Im Hinblick auf die Entwicklungspolitik Deutschlands und der USA erfahren wir eine Menge über den institutionellen Aufbau und das Zusammenspiel bzw. die Debatten und Kontroversen zwischen unterschiedlichen Politikebenen. Es ergeben sich zwei unterschiedliche Grundorientierungen: Während die deutsche Entwicklungspolitik sehr viel stärker auf „disziplinierende“ Kontrolle und entsprechende *Governance*-Regelungen ausgerichtet ist, dagegen demokratische Institutionen eher als Frucht des Erfolgs entsprechender Maßnahmen erwartet, orientiert sich die Politik der USA genau umgekehrt an einer vorab „governmentalen“ Kontrolle, die den formalen institutionellen Aufbau in den Vordergrund rückt. Dem „Glaube(n) an den globalen Drang zur Demokratie“ mit der Unterstellung „der immanenten Friedfertigkeit demokratischer Systeme“ auf Seiten der USA (232) steht so die Perspektive des „demokratische(n) Sicherheitsstaat(es)“ mit „in seiner idealtypischen Ausprägung soziale(r) und totalitäre(r) Komponenten“ (276) gegenüber. Es kann unter die Verdienste des Buches gerechnet werden, dass diese Feststellungen vor dem Hintergrund weit ausholender Rekapitulationen der institutionellen und konzeptionellen Geschichte der Entwicklungspolitik der USA und (West-)Deutschlands stehen. Allerdings fragt sich zugleich, ob dies für das hier angestrebte Verständnis des Dispositivs sicherheitspolitischer Entwicklungszusammenarbeit wirklich erforderlich ist. Wie oben angedeutet, springt die Analyse für eine wirkliche Archäologie dieser Denk- und Praxisformen noch zu kurz. Andererseits holt die Darstellung der konzeptionellen Überlegungen und

Debatten sowie der institutionellen Umstellungen bei aller Ausführlichkeit die Perspektive einer Dispositiv-Analyse nicht wirklich ein, weil die Perspektive von Macht und Herrschaft – und sei es die der herrschenden Diskurse – nicht mehr recht im Blickpunkt steht.

Dieses Problem zeigt sich verstärkt in der Darstellung des Konflikts in Sri Lanka und der daran ansetzenden Interventionen. Pospisil verknüpft seine Darstellung mit einer kursorischen Geschichte des Landes seit der Kolonisierung, deren Bedeutung für seine Argumentation unklar bleibt und die zudem an einer ermüdenden Zwei-Etagen-Struktur aus Haupttext und Fußnoten leidet. Es folgt die detaillierte Darstellung des institutionellen Kontextes, in dem beide Geberländer in Sri Lanka agiert haben – wenigstens bis 2007, dem Jahr, in dem die Analyse ausläuft. Dabei bestätigt sich die zuvor herausgearbeitete unterschiedliche Orientierung, mit freilich interessanten Konsequenzen: Lief die entscheidend auf institutionellen Aufbau und Demokratieförderung orientierte Politik der USA auf die strikte Ausgrenzung der einen Bürgerkriegspartei, der *Liberation Tigers of Tamil Elam* (LTTE) hinaus, so führte die Perspektive der Konflikttransformation unter maßgeblicher Beteiligung der Berghof-Stiftung die deutschen EZ-Institutionen in eine Lage, in der sie teilweise als NGOs auf tamilischer Seite wahrgenommen wurden. Dabei „ist die Arbeit im Governance-Bereich überraschend gering“, und letztlich ergeben sich zwischen der realen Tätigkeit deutscher und US-amerikanischer Akteure „überraschende Parallelen“ (360) auch angesichts der sehr unterschiedlichen konzeptionellen Ausgangspositionen. Dennoch betont

Pospisil die unterschiedlichen Orientierungen an „Demokratie“ einerseits sowie „Frieden“ andererseits, die wiederum einem „Vertrauen in Prozesse der sozialen Steuerung“ gegenüber dem „Misstrauen in jene sozialen Formationen, in die interveniert wird“ (368f), entspreche.

Insgesamt ist dies ein nützliches, freilich wenig ausgewogenes Buch. Das Bemühen, die vorhandenen Schätze zu heben, wird zudem erschwert durch oft sehr nachlässige Redaktion, Einschübe in Klammern über mehrere Zeilen und sonstige Parenthesen sowie die weniger durch Literaturverweise und -diskussion, sondern durch die Verfolgung zahlreicher Seitenstränge motivierte Fußnotenpönitenz. Schließlich sind das Präsens und gehäufte Bezüge auf „gegenwärtig“ und „heute“ peinlich, wenn damit in einem 2009 erschienenen Buch offenkundig die Bush-Administration und zumeist die rot-grüne Bundesregierung gemeint sind und die 2009 vollstreckte rein militärische „Lösung“ des Konfliktes in Sri Lanka über all diesem Präsentismus überhaupt nicht erwähnt wird. Mehr Sorgfalt hätte die Substanz und hohe Aktualität dieser Analyse besser zur Geltung bringen und zugänglicher machen können.

Reinhart Kößler

Claas Christophersen: *Kritik der transnationalen Gewalt. Souveränität, Menschenrechte und Demokratie im Übergang zur Weltgesellschaft*. Bielefeld: transcript 2009, 279 Seiten

Die weltgeschichtliche Erfahrung des 20. Jahrhunderts hat aus verschiedener Richtung Anlass gegeben, die Vorstellung staatlicher Souveränität als unbedingter Voraussetzung sowohl innerstaatlichen

Handelns als auch internationaler Beziehungen gründlich zu hinterfragen. Eine wesentliche Perspektive ist hierbei mit den Menschenrechten oder in negativer Form mit Verbrechen gegen die Menschheit markiert. Nach dem Ende der Blockkonfrontation schienen Handlungsmöglichkeiten zur Wahrung der Menschenrechte und zur Ahndung schwerer Menschenrechtsverletzungen auch da in Reichweite zu rücken, wo dies zuvor durch das Souveränitätsprinzip ausgeschlossen schien. Damit aber wurde die Problematik, die nicht allein durch den Gegensatz von Universalismus und Partikularismus im Hinblick auf die Geltung und Propagierung der Menschenrechte, sondern auch durch den Widerspruch zwischen Ansprüchen auf die Ahndung von Verstößen gegen die Menschenrechte und staatlicher Souveränität bezeichnet ist, erst virulent. Wie Claas Christophersen in seiner Hamburger politikwissenschaftlichen Dissertation argumentiert, wird damit zugleich die Frage der Staatlichkeit und so auch der Demokratie auf globaler Ebene aufgeworfen.

Als aktuelle empirische Bezüge skizziert der Autor zunächst zwei Fallbeispiele, die bei allen Unterschieden den Widerspruch pointieren, der zwischen der Respektierung staatlicher Souveränität und dem Schutz der Menschenrechte besteht. Im Kosovo-Krieg 1999 ging es um eine völkerrechtlich illegale Intervention mit dem Anspruch, einen Völkermord zu verhindern. Mit dem 2002 in Kraft getretenen Statut des Internationalen Strafgerichtshof wurde die Möglichkeit geschaffen, schwere Verbrechen, zumal Menschenrechtsverletzungen, notfalls auch gegen die souveräne Entscheidung von Einzelstaaten zu verfolgen. Eben dagegen richtet sich

die dominante Position in den USA. Das bedeutet freilich nicht, die Supermacht verzichtete darauf, ihrerseits die Verletzung der Souveränität anderer Staaten mit dem Schutz der Menschenrechte und der Notwendigkeit zu begründen, demokratischen Prinzipien Geltung zu verschaffen. Christophersens Anliegen, das enge Wechselverhältnis zwischen den zentralen Begriffen der Souveränität, der Menschenrechte und der Demokratie zu klären, kommt daher über das grundsätzliche, theoretische Interesse ein hohes Maß an Aktualität zu.

Jeder dieser Themenkomplexe ist für sich ein weites Feld. So steht Souveränität zum einen im Kontext der internationalen Beziehungen, wo die Vorstellung einer „Souveränitätserosion“ längst differenzierteren Konzepten Platz gemacht hat, die zugleich den Mythos vom „westfälischen Charakter“ des internationalen Systems konterkarieren (68f). Christophersen arbeitet hier vor allem die Perspektive einer „transnationalen Politik“ heraus, die unter Bezug auf neogramscianische Konzepte „internationale Macht und Herrschaftsverhältnisse“ herausstellt (81), konkret aber auch den Konsens über „das Zusammenfallen von ... demokratischer Emanzipationsrhetorik und militärischer Zwangsokkupation“ (74) in den Blick nimmt. Die eigentliche Widersprüchlichkeit des Begriffs „Souveränität“ liegt jedoch im Spannungsfeld von autonomer Selbstbestimmung der Nation einerseits und der gewaltsamen Etablierung einer Rechtsordnung andererseits. Christophersen folgt hier – u.a. unter Bezug auf einen demotischen Begriff der Nation – der besonders von Chantal Mouffe vorgetragenen Kritik an kosmopolitischer Euphorie, zum andern diskutiert er anhand von Carl

Schmitt, Giorgio Agamben sowie Walter Benjamin den Ausnahmezustand, auch in der Perspektive einer „Kritik höchster Entscheidungsautorität“. Diese müsste freilich auf die Beanspruchung von „Notrechten“ beschränkt werden, statt „jegliches Recht im Ausnahmezustand“ zu konstruieren (112). Agamben und vor ihm Benjamin behalten insofern recht, als mit dem Gewaltmonopol „die Gewalt nicht verschwindet“. Menschenrechte erscheinen daher als „Schutzrechte gegen ‘souveräne Macht’“ (115).

Es handelt sich daher um „eine paradoxe Transformation“, wenn Menschenrechte „nach dem Ende des Kalten Krieges ... zunehmend zu einem hegemonialen Instrument *staatlicher* Politik zu werden“ scheinen (117). Dem und dem weiteren Argument, Menschenrechte seien ineffektiv, steht freilich die Einsicht gegenüber, dass Bürger sich im Protest und Kampf gegen empfundenes Unrecht auf Menschenrechte berufen. Die Problematik wird deutlicher anhand der kurz nach dem Zweiten Weltkrieg ausgetragenen Kontroverse zwischen Hannah Arendt und Hermann Broch. Für Arendt ging es vor dem Hintergrund ihrer Analyse der Staatenlosigkeit und ihrer verheerenden Folgen für die davon Betroffenen in erster Linie um ein freilich nicht klarer ausformuliertes „Recht auf Rechte“. Broch dagegen forderte ein transnationales „Gesetz zum Schutz der Menschenwürde“. Doch wie Christophersen anmerkt, verweist auch die *Garantie* eines „Rechts auf Rechte“ oder einer Staatsangehörigkeit letztlich auf eine übernationale Ordnung. Hinzu kommt die Frage „vorpoltischer Rechte“ etwa auf persönliche Sicherheit oder Subsistenz (135). Am Fallbeispiel Guantánamo lässt sich die Frage der

universellen Geltung von Rechten und ihrer Aussetzung zuspitzen. Eine – wohl doch im strengen Sinn utopische – Lösung läge, wiederum im Anschluss an Agamben, in einer „wechselseitigen Extraterritorialität“, der Garantie eines „transnationale(n) Refugiums“, wodurch „die Verbindung zwischen Souveränität und Nationalität ... zerschlagen“ würde (144). Dies pointiert zweifellos das „kritische, anti-souveräne Potential“ der Menschenrechte (151). Die Kontroverse über deren universelle Gültigkeit einerseits, die kulturellrelativistische Kritik an ihnen andererseits lässt sich zumindest argumentativ durch den Verweis lösen, dass letztere ebenfalls „kulturelle Vielfalt zum höchsten Wert erklärt“, erstere „in den differierenden Auffassungen der jeweils Anderen die Grenze des Eigenen zu erkennen“ habe (154). Doch ist damit die Spannung keineswegs beseitigt, die zwischen dem „anti-souveränen, staatskritischen Impetus der Menschenrechte“ (154) und ihrer Institutionalisierung im Kontext von Volkssouveränität besteht, denn letztere könnte ja durchaus zur Einschränkung auch verfassungsmäßig garantierter Menschenrechte eingesetzt werden.

In dem komplexen und spannungsreichen Verweisungszusammenhang, den Christophersen dann unter dem Hauptaspekt der Demokratie weiter verfolgt, könnte diese gleichwohl in ihrer ebenso anspruchsvollen wie fundamentalen Dimension der Anerkennung zur Vermittlungsinstanz werden. Der Autor beharrt auf einem „etymologischen“, d.h. emphatischen und nicht allein formalen Demokratieverständnis (157). Dies legt es nahe, die fortschreitenden Inklusionsprozesse mit freilich mittelbaren Partizipationsmöglichkeiten

in der Innenperspektive ebenso zu betonen wie nach außen die Folgen der nationalstaatlichen Verfasstheit, die Christophersen gegenwärtig durch die Globalisierung infrage gestellt sieht. Doch gerade dann, wenn „Demokratie als Volkssouveränität“ (158ff) aufgefasst wird und im Anschluss an Benjamin Barber basisdemokratische „Nachbarschaftsversammlungen“ (166) diskutiert oder mit Ingeborg Maus aus der Perspektive der Volkssouveränität eine Kritik repräsentativer Institutionen formuliert wird, die zu einer Forderung nach radikaler Dezentralisierung führt – immer stehen Konzepte einer „starken“, auf effektive Entscheidungsmacht der Bürgerinnen und Bürger eher denn auf formale Verfahren setzenden Demokratie vor einem Dilemma, wenn sich für das „Volk“ im Sinne des *demos*, der „jeweiligen inkludierten ‘citizens’“ (169) im Zuge der Globalisierung keine klaren Abgrenzungen mehr angeben lassen: Nun, so Christophersen im Einklang mit einer Reihe von Gewährsleuten, werde „aus dem Problem der In- bzw. Exklusion ... das Problem der Repräsentation“ (169). Es stellt sich das Problem „transnationalen Regierens“ (170ff). Auch die optimistische Perspektive einer „‘Konstitutionalisierung’ der internationalen Politik“, prominent vertreten durch Jürgen Habermas (174), sieht sich mindestens der undemokratischen Struktur aktueller supranationaler Institutionen einschließlich der UN und ferner den immensen Schwierigkeiten einer „globale(n) demokratische(n) Willensbildung“ (175) konfrontiert. Einen Ausweg sieht Christophersen im Abschied von monistischen, mit dem modernen Nationalstaat verknüpften Vorstellungen zugunsten „vielfältiger Machtzentren

und damit 'demoi', denen die Weltbürger angehören" (176). In dieser Perspektive diskutiert er Projekte wie Weltstaat oder die von ihm favorisierte kosmopolitische Demokratie. In letzterer könnten Formen der Partizipation – direkte Beteiligung, Repräsentation, Verhandlung im Rahmen von *Global Governance* – den Ebenen der Kommune des Nationalstaates, und der Suprastaatlichkeit zugeordnet sein.

Die für die Analyse zentrale Spannung zwischen den beiden Dimensionen der Souveränität, Autonomie und Entscheidungsautorität, sowie die damit verknüpfte Spannung zwischen Souveränität, Menschenrechten und Demokratie nimmt Christophersen nach dieser hier nur ausschnitthaft referierten Entwicklung der einzelnen Elemente abschließend in der Perspektive eines „Republikanischen Transnationalismus“ wieder auf (Kap. V). Die an Hannah Arendts schroffer Gegenüberstellung von Macht und Gewalt orientierte Konzeption erlaubt nicht zuletzt eine Fundamentalkritik des Konzeptes der humanitären Intervention, das im Zentrum von Christophersens Erkenntnisinteresse steht. Er betont, hier sei die „Quelle der Politik“, nämlich eine „höchste nationale oder internationale Entscheidungsautorität“ selbst „vopolitisch“. Damit verfielen „entpolitisierte“ Menschenrechte dem Verdikt Agambens, nach dem sie allein auf „nacktes Leben“ bezogen seien. Demokratie bleibe so auf „reine Wahloligarchie“ beschränkt (209).

Die davon deutlich unterschiedene, recht ausführlich entwickelte Perspektive Hannah Arendts ist für Christophersens Problemstellung vor allem durch die Analyse revolutionärer Macht, die Orientierung auf die „kommunikative Macht der Vielen“ als Vorwegnahme

„transnationaler Demokratie“ (222) sowie die revolutionäre Institution der Räte von Bedeutung, die Arendt nachdrücklich herausstrich. Mit Oliver Marchart sieht der Autor in Arendts Positionen ungeachtet der wesentlich mit der Orientierung auf das Ideal der *pólis* sowie ihrer „Blindheit für die 'soziale Frage'“ (231) verknüpften Inkonsistenzen und Widersprüche wesentliche Ansatzpunkte für den von ihm projektierten „transnationalen Republikanismus“. Während Christophersen freilich Marchart in der Interpretation der Weltsozialforen als in diesem Verständnis „neue(n) Elementarrepubliken“ (231) folgt, besteht er mit Arendt auf der strikten Unterscheidung von Macht und Gewalt; zusammen mit Arendts Menschenrechtskonzeption („Recht auf Rechte“) ergibt sich der Bezug auf „konkrete Bürgerrechte“ und damit auf den „Souveränitäts-Charakter der Autonomie“ (235).

Der zentrale Ort der Demokratie in dem von Christophersen diskutierten Dreiecksverhältnis wird unterstrichen durch die Forderung nach einem „globalen demokratischen, d.h. *gleichberechtigten* Diskurs“ (236), der allgemein verbindliche (menschenrechtliche) Normen sowie Verfahren zu deren Schutz zu erarbeiten hätte. Doch auch die damit implizierte umfassende „Anerkennung des Anderen“ löst letztlich nicht das Dilemma, dass immer noch mögliche Interventionen zum Schutz der Menschenrechte Souveränität brechen werden.

In Anlehnung an Arendts Kritik der Herrschaft auch der Vielen oder des Volkes – im Gegensatz zu ihrer „Macht“ – skizziert Christophersen dann ausdrücklich kontrafaktisch Möglichkeiten eines globalen deliberativen Prozesses, der

freilich einmal mehr auf „die extreme soziale Ungleichheit als das größte Hindernis für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Weltbürger an einer globalen Öffentlichkeit“ stößt (242).

Man mag vor allem einwenden, dass hinter der Erörterung von Konzepten sowie von Formen und Ebenen der Deliberation trotz der wiederholten Verweise auf die sozialstrukturellen Gegebenheiten die in einem eindeutig anderen als dem Arendt'schen Sinne vermachete Realität des sich ausbildenden weltgesellschaftlichen Zusammenhangs gelegentlich aus dem Blick zu geraten droht. Dennoch hat Christophersen vor allem exzellente begrifflich-theoretische Arbeit geleistet, die zumindest eines vermag: die Dilemmata, denen politisches Handeln gleich welcher Observanz sich letztlich zu stellen hat, klar auszubuchstabieren. Die abschließende Forderung nach stärkerer empirischer Fundierung der Schlussfolgerungen zu Verhältnis zwischen Menschenrechten und Souveränität, der eingehenderen Erforschung der überraschenden transnationalen Homogenität von Politikfeldern – der Autor nennt den Bologna-Prozess – wie der empirischen Überprüfung seiner Überlegungen zu einem transnationalen Republikanismus ist bei aller Skepsis zuzustimmen, soweit letzterer an die (Welt-)Sozialforen gekoppelt wird.

Zu loben ist schließlich, dass das Buch seine anspruchsvolle Materie in nicht nur insgesamt fehlerfreier, sondern auch ansprechender Sprache präsentiert – im herrschenden Wissenschaftsbetrieb leider keine Selbstverständlichkeit. Wer sich mit Intervention ernsthafter als auf der Ebene legitimatorischer Übungen auseinanderzusetzen beansprucht, kann

und sollte an Christophersens Arbeit nicht vorbeigehen.

Reinhart Kößler

Sabine Collmer (Hg.): *From Fragile State to Functioning State. Pathways to Democratic Transformation in a Comparative Perspective*. Berlin: Lit 2009, 377 Seiten

Der Sicherheitsdiskurs der letzten beiden Jahrzehnte hat nicht zuletzt Arbeiten im Rahmen von durch Regierungen betriebenen *Think Tanks* angeregt. Das von der deutschen sowie der US-Regierung getragene *George C. Marshall European Center for Security Studies* in Garmisch-Partenkirchen hat für das hier dokumentierte komparative Projekt Expertinnen und Experten versammelt, die großenteils Erfahrungen in staatlichen Institutionen einschließlich der Sicherheitsapparate von Afghanistan, Kosovo, Georgien und Moldawien, aber auch der USA, der Ukraine, Kroatiens, Rumäniens oder der Universität der Bundeswehr München mitbringen.

Den Großteil des Buches nehmen Fallstudien zu Afghanistan, Georgien, Kosovo und Moldawien ein, wobei einige Beiträge Kurzfassungen längerer Texte darstellen, die im Rahmen eines am Marshall Center angesiedelten Projekts entstanden sind. Sie werden durch eine Einleitung und einen Schlussteil der Herausgeberin sowie durch drei übergreifende Beiträge zur Staatsreform (*Graeme P. Herd*), zu Fragen der Umweltsicherheit (*Steven Hearne*) und zur lokalen Verankerung auswärtiger Hilfe für fragile Staaten (*Ann L. Philipps*) ergänzt.

Wie *Sabine Collmer* mehrfach deutlich macht, orientiert sich der allgemeine Bezugsrahmen weitgehend am

Mainstream der Studien zu fragilen Staaten. „Fragile Staaten“ weisen demzufolge Defizite in den Bereichen „Sicherheit, soziale Wohlfahrt, Wirtschaftswachstum und legitime Institutionen“ auf (9). Weitere Risiken betreffen demzufolge „Terrorismus und Massenvernichtungswaffen“ sowie „mangelnden politischen Willen“, weiter „die weltweite Ausbreitung von Epidemien ... wie HIV/AIDS oder Vogelgrippe“, „Sicherheit im Energiebereich“, wobei hier in erster Linie die *Liefersicherheit* im Vordergrund steht, und endlich „regionale Instabilität“, zumal „böse Nachbarn“ (9f). Die begrifflichen Folgen einer solchen Ausweitung dessen, was unter „Sicherheit“ alles bezeichnet wird, zeigen sich noch einmal im Schlusskapitel, wo die Rede von „politischer Sicherheit“ oder „wirtschaftlicher Sicherheit“ den Verdacht nicht zerstreuen kann, mit „Wirtschaft“ oder „Politik“ sei es beispielsweise auch getan. Die verbale Versicherheitlichung bedeutet demnach keinen kognitiven Gewinn, wohl aber eine wichtige semantische Verschiebung. Dabei werden Probleme mit der Diffusität, ja Nicht-Rationalität des Konzeptes vom fragilen Staat (Herd, 30) oder auch die unklare Bestimmung von Demokratie in Überlegungen zum „demokratischen Frieden“ (Herd, 33) durchaus erkannt. Die Problematik wird eher deutlich mit dem Verweis auf die „sich nicht integrierende Lücke“, die dem „funktionierenden Kern“ gegenübergestellt wird, während „Saum-Staaten wie Griechenland, Mexiko, Brasilien, Indonesien und Pakistan“ dazwischen liegen sollen (Herd, 26). Die damit verbundene Rede vom „roll-back“ (Herd, 27) weist deutliche Parallelen zur Sprache des Kalten Krieges auf. Zugleich

aber deutet sie auf die Vorstellung hin, irgendwann sei etwas in die falsche Richtung gelaufen, und diese verkehrte Weichenstellung müsse – und könne – nun korrigiert werden. Die deutlichen Anklänge an klassische Modernisierungstheorien werden verstärkt durch mehrfach wiederholte Unterstellungen, erfolgreiche Modernisierung impliziere den Anschluss an den Westen, oder aber Russland lasse es an der erforderlichen Neutralität fehlen, wo offenkundig die Gas- und Ölpipelines zur Debatte stehen, die durch Georgien führen und geeignet sind, Russlands geopolitische Machtposition zu untergraben. Eine objektive Einschätzung müsste vorab die gegenläufigen geopolitischen Optionen ansprechen und nicht Legitimität auf der einen (westlichen), Illegitimität auf der anderen (russischen) Seite einfach unterstellen. Ähnlich problematisch erscheint auch die durchgängige Annahme, die mangelnde Kontrolle des staatlichen Territoriums etwa angesichts der abtrünnigen Regionen Georgiens (Abchasien, Süd-Ossetien) oder Moldawiens (Transnistrien) konstituiere bereits ein Element fragiler Staatlichkeit. Ungeachtet der damit verbundenen, hier immer wieder ausgebreiteten Probleme, die sich den Regierungen in Tbilisi und Chishinau stellen, ist damit schließlich weder eine zwingende Aussage darüber gemacht, ob es sich bei den abtrünnigen Regionen um die von Herd angesprochenen „ungoverned spaces“ oder nicht vielmehr um Gebiete mit konkurrierender Staatlichkeit handelt. Für letzteres könnte etwa die Ausgabe russischer Pässe in Süd-Ossetien und Abchasien sprechen, die einen der Anlässe zum georgisch-russischen Krieg im August 2008 darstellte. Eine distanzierte Sicht auf dieses

Ereignis, die auch Fehlleistungen der georgischen Regierung unter Präsident Micheil Saakaschwili in Betracht zieht, lässt sich unter den zahlreichen Bezugnahmen allein bei *Maia Chiabrishvili* erkennen. An anderen Stellen wird ohne weiteres auf die Stabilität verwiesen, die westlich orientierte Tyrannen in Zentralasien garantieren – wobei nach neuesten Erfahrungen stets zu fragen ist, wie lange das wohl dauern wird.

Immerhin ein Beitrag unternimmt es, das all dem zugrundeliegende, prinzipiell an Thomas Hobbes und Max Weber orientierte Bild vom modernen Staat mit seinem Monopol legitimer Gewalt in der Hinsicht zumindest zu modifizieren, dass deutlich wird, dass auch dieser Staat auf einer Ordnung der Gewalt beruht und nicht einfach einen friedvollen, allenfalls einen befriedeten Raum umgreift. *Conrad Schetter* und *Rainer Glassner* versuchen nicht nur, unter der Prämisse, dass „die Kontextualisierung der Situation der Schlüssel zum Verständnis jeder Sicherheitsarchitektur“ sei (156), ein auf der Analyse lokaler, recht unterschiedlicher Prozesse aufbauendes Bild sehr verschiedenartiger Dynamiken der Gewalt zu zeichnen, die „feudale Kriegsherren“ in Kandahar, „fragmentierte Kriegsherrenherrschaft“ in Kundus und die „Herrschaft der Stämme“ in Paktia voneinander unterscheiden. Für die gesamte Debatte wichtiger dürfte freilich der Hinweis sein, dass Kriegsherren sich generell in ihren grundlegenden Strategien weit weniger deutlich von Konstituierungsprozessen der als modellhaft gehandelten westlichen Staaten unterscheiden, wenn man abstrakte Theorien mit konkreten historischen Prozessen konfrontiert, wie dies Charles Tilly in seinem richtungsweisenden Aufsatz über Kriege und

Staatsaufbau als organisiertes Verbrechen getan hat (157). Eine solche Perspektive lässt die einfachen Zuordnungen zwischen staatlicher Stabilität, nicht weiter bestimmter Demokratie, Marktwirtschaft und Westorientierung zutiefst fragwürdig erscheinen. Sie werden freilich nicht nur in diesem Band als Konsens behandelt.

Es erübrigt sich fast zu erwähnen, dass in den Fallstudien implizit, von Collmer im Schlusskapitel explizit ethnische Konflikte auf „Strukturen“ zurückgeführt werden, denen „Prozesse“ gegenüberstehen – ein kategoriales Arrangement, das entgegen neuerer Einsichten der Essentialisierung von Ethnizität und der pauschalen Zuschreibung von Gewaltkonflikten eben auf reifizierte ethnische Gegensätze Vorschub leistet. Das führt dann zu Lösungsansätzen, die vorab auf proportionale Repräsentation dieser präjudizierten Ethnizität setzen. Dementsprechend gilt auch Samuel P. Huntingtons *Clash of Civilizations* einschließlich der vorgeblichen Bruchlinien hier für bare Münze. Es ist schwer zu bestreiten, dass die unter solchen Gesichtspunkten scheinbar verfügbaren diskreten Einheiten äußerlich gesehen leichter zu verwalten sind, realistischer ist ein solcher Blick deshalb noch lange nicht – ebenso wenig wie der wiederholte Verweis auf die Brüchigkeit multiethnischer Staaten als offenbar bereits letztinstanzliche Konfliktursache. Solange solche Thesen vertreten werden, ohne die Stabilität Indiens oder auch der USA anzusprechen, zeugen sie schlicht von Denkfaulheit. Und die kann sogar gefährlich werden, wenn es in der hier angesprochenen Weise um „Sicherheit“ gehen soll. Wer freilich allein schon im Faktum der für 2009/10 angesetzten Wahlen in Moldawien und Afghanistan ein Zeichen der Hoffnung

sehen will, „dass die Dinge hinterher allgemein besser werden“ (Collmer, 369), wird sich wenigstens im letzteren Fall zumindest darüber Gedanken machen müssen, was es denn wirklich heißen kann, dass die Herstellung von staatlicher Funktionalität auch in dem hier bezeichneten Sinne ein „nicht-linearer Prozess“ ist (Collmer, 368).

Reinhart Kößler

Sabine Hess & Bernd Kasperek
(Hg.): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*. Berlin & Hamburg: Assoziation A 2010, 296 Seiten

Der Sammelband ist das Resultat einer 2008 in München lancierten disziplinenübergreifenden Vernetzung kritischer Migrations- und GrenzregimeforscherInnen und politischer AktivistInnen in Europa. Dieses Netzwerk zielt auf eine intervenierende, kritische Wissensproduktion ab, die, ausgehend von einem „Recht auf Migration und Flucht“ (13), das sich herausbildende europäische Grenzregime in seinem Konstitutionsprozess untersucht. Die Beiträge des Bands interessieren sich für Akteure, Institutionen, Orte, Diskurse und Praktiken (12), die sie auch im Sinne einer Erprobung und Entwicklung von Theorien diskutieren (15).

Aufbauend auf den umfangreichen Arbeiten im Umfeld der Forschungsgruppe *Transit Migration* sowie den politisch intervenierenden Forschungen der Berliner *Forschungsgesellschaft Flucht und Migration* (FFM) und in Kooperation mit zahlreichen ForscherInnen, die am Schnittpunkt von Wissenschaft und politischem Aktivismus arbeiten, zeigt der Band, wie Bewegungen der Migration das Grenzregime

dynamisieren und verändern. Anhand der Beispiele Marokkos (*Gerda Heck*), der Ukraine (*Marc Speer*) und – in vergleichender Perspektive – Mittelamerikas (*Stefanie Kron*) zeichnet er ein Bild der Externalisierungsstrategie, durch die die Ränder der EU in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu Brennpunkten der Migration geworden sind (11).

Auf die Vervielfachung der Akteure reagiert der Band mit der Analyse einzelner Organisationen: des UNHCR (*Philipp Ratfisch & Stephan Scheel*), der europäischen Grenzschutzagentur *Frontex* (*Bernd Kasperek*), der *International Organisation for Migration* (IOM) (*Fabian Georgi*) sowie des *Centre d'Information et de Gestion de Migrations* (*Jill Jana Janicki & Thomas Böwing*), an dessen Beispiel die Verknüpfung des Migrations- mit dem Entwicklungsdiskurs und die Auslagerung von auf Migration spezialisierten Institutionen der EU in Herkunfts- und Transitländer beleuchtet wird.

In der Rubrik „Praktiken“ steht neben den „freiwilligen“ Rückführungen (*Stephan Dünnwald*) und den Aktivitäten der EU auf dem Mittelmeer (*Silja Klepp*) die Analyse der Verschränkungen von Diskursen über Menschenhandel und über Sexarbeit im Mittelpunkt des Interesses. Dabei gelingt es *Eva Bahl, Marina Ginal & Sabine Hess*, die Kriminalisierung und Viktimisierung feminisierter Migration zu kritisieren, ohne „die Realitäten sexualisierter Gewalt gegen Frauen“ (164) zu relativieren. Ihr Aufsatz zeigt in gendersensibler Weise, wie der *anti-trafficking*-Diskurs zu „einem zentralen Stützpfeiler des Europäischen Grenzregimes geworden“ ist (176).

Der graphisch in Zusammenarbeit mit *medico international* gestaltete Band

besticht durch seine Kritik der in der Migrationsforschung vorherrschenden Erklärungsmodelle. So stellt er strukturalistische und repressionshypothetische Erklärungen der Migrationskontrolle auf den Prüfstand. Die AutorInnen gehen davon aus, dass nicht die Verhinderung der Migration, sondern die selektive Inklusion den funktionellen Kern des Grenzregimes darstellt – ein Befund, den auch der Ausdruck „Migrationsmanagement“ anzeigt, der sich im EU-Jargon durchgesetzt hat. Unter Rückgriff auf Gouvernementalitätsanalysen stellen sie die Praktiken der Akteure ins Zentrum ihres Interesses (93). Eine zentrale Figur, nach der das Feld der Migration organisiert wird, machen zahlreiche Beiträge in der „Aufteilung des sozialen Feldes der Migration in schutzbedürftige ‘Flüchtlinge’ einerseits, [...] und in ‘illegale MigrantInnen’ andererseits“ (94) aus. Wie Ratfisch & Scheel am Beispiel der Türkei zeigen, ist diese auf der Genfer Konvention beruhende Unterscheidung die Grundlage, auf der Organisationen wie das UNHCR an der Produktion des Bedrohungsszenarios „illegale Migration“ als einer realen Gegebenheit mitwirken (95). Die Autoren verdeutlichen, wie – als „Effekt der dynamischen Machtkämpfe“ im Feld der (Un-)Sicherheit – die „Versicherheitlichung“ der Migration diese als ein zu kontrollierendes Problem für europäische Gesellschaften überhaupt erst konstituiert.

Die methodischen und theoretischen Überlegungen gehören zu den großen Stärken des Bands: Über eine reine „Lokalisierung der Grenzregimeforschung“ (20) hinaus, schlägt er vor, im Anschluss an das Foucault'sche Machtverständnis die Produktivität und Kontingenz des umkämpften Regierens

von Migrationskontrolle (250) in den Vordergrund zu stellen.

Zahlreiche Beiträge erproben den Ansatz der „ethnographischen Grenzregimeanalyse“, den *Vassilis Tsianos* und *Sabine Hess* vorstellen: Dieser soll die Handlungsmacht der Migration in die Theoretisierung der „Struktur“ Grenze einbeziehen (245). Dafür stützen sich die AutorInnen auf multimethodische Verfahren, etwa die Kopplung regime-theoretischer, ethnographischer und diskursanalytischer Herangehensweisen. So gelingt es ihnen, eine theoretische Perspektive zu entwerfen, welche die Funktionsweisen des „doing border“ beschreibt, ohne die Herrschaftsverhältnisse und die Autonomie der Migration aus dem Blick zu verlieren.

Zwei Beiträge des Bands widmen sich explizit staats-theoretischen Überlegungen: *Tobias Pieper* beschreibt die Entwicklung des Lagers als biopolitisches Regulationsinstrument. Der sehr knapp gehaltene Beitrag zeigt die exkludierende Funktion des innereuropäischen Lagersystems sowie ihre Verlagerung in die Anrainerstaaten. Pieper argumentiert dabei zwar mit einem auf Nicos Poulantzas aufbauenden Konzept des Staats als eines Orts von Kämpfen, verbleibt aber in einer auf asymmetrische Zwänge beschränkten Analyse: Wirtschaftliche Integration und militärische Bedrohung nötigten die Anrainerstaaten zur Einrichtung der Lager (223). Demgegenüber entwickelt *Fabian Wagner* in seinen Überlegungen zu Migration und materialistischer Staatstheorie ein an Bob Jessop angelehntes relationales Konzept, das die Transformationsprozesse von Staatlichkeit, die dazu führten, dass der Nationalstaat „nicht mehr das exklusive Terrain von Migrationskontrolle“ sei (238), in den Blick nimmt. Aufbauend

auf den Arbeiten von Serhat Karakayali und Manuela Bojadžijev zeigt er, wie sich Migration durch die Trennung von Lohnarbeit und Staatsbürgerschaft auf die Klassenzusammensetzung auswirkt (239). Damit legt er eine theoretische Grundlage für künftige Forschung, die Staat und Migration nicht als äußerliches Verhältnis begreift, sondern sowohl die Einschreibungen der Kämpfe der Migration in die Materialität des Staats als auch die Transformation migrantischer Strategien durch die Staatsapparate einbeziehen kann.

Lotte Arndt

Alejandro Colás & Bryan Mabee
(Hg.): *Mercenaries, Pirates,
Bandits and Empires. Private
Violence in Historical Context.*
London: Hurst 2010, 244 Seiten

Es ist nicht auszuschließen, dass manche von diesem Sammelband ein wenig enttäuscht sein werden. Wer aufgrund des Obertitels etwa weitere Erzählungen vom revolutionären Nordatlantik erwartet, liegt definitiv falsch. Das gemeinsame Unternehmen der neun Beiträge ist vielleicht weniger kurzweilig und phantasievoll, dafür aber intellektuell anspruchsvoller: Wie der Untertitel andeutet, geht es um die Schwierigkeiten, öffentliche und private Gewalt auseinanderzuhalten, um deren mannigfaltige Überschneidungen und um die Ambivalenz, ja sogar Fragwürdigkeit dieser Unterscheidung selbst. Ein zentraler Bezugspunkt ist dabei Patricia Thompsons Buch *Mercenaries, Pirates and Sovereigns* (1994), auf das fast alle Beiträge kritisch Bezug nehmen.

Patricia Owens spitzt die Sichtweise, die den Band zusammenhält, im

Anschluss an Carl von Clausewitz noch zu: „Krieg ist keine ‘öffentliche’ Angelegenheit. Er ist politisch.“ (32) Diese Problemstellung stellt grundlegende Annahmen konventioneller Theorien in den Internationalen Beziehungen (IB), auf die sich der Band in erster Linie bezieht, aber auch deutlich darüber hinaus in Frage. Hier stehen Konzepte wie das staatliche Gewaltmonopol oder die staatliche Souveränität, genauer die Kongruenz zwischen Territorium, Bevölkerung und Staatsgewalt ebenso zur Debatte wie die Unterscheidung zwischen „legal“ und „illegal“ – letztlich also das „Westfälische Modell“ (30). Zwar nimmt Owens hier eine Extremposition auch gegenüber den Herausgebern ein, wenn sie sich nicht allein gegen die „historisch ungenaue Dichotomie zwischen Staat und Nicht-Staat“ wendet, sondern auch gegen die „binäre Unterscheidung öffentlich/privat“. Demgegenüber erscheinen die Konstituierung der „Subjekte der internationalen Politik“ sowie die Ausbildung „politischer Gemeinschaften“, „historisch als Teil der transnationalen Konstituierung und Zirkulation von militärischer und politischer Macht“ (31): „Manche Formen von Gewalt (violence) werden durch historisch variierende Arten der Organisation und Rechtfertigung von solcher Gewalt (force) öffentlich *gemacht*, und andere werden privat *gemacht*“ (32; Hv.: i.O.). Die Verschiebungen zwischen beiden Kategorien betreffen nicht zuletzt die Konstituierung des Kapitalismus, der den öffentlichen Bereich in erster Linie als Arena der privaten Eigentümer organisiert und nicht etwa wie im klassischen Griechenland als Bereich „sklavenhaltender Patriarchen“, die sich gegenseitig anerkennen (19).

Gegenüber der klar eurozentrischen Schlagseite der konventionellen Sicht betont *Tarak Barkawi*, dass das „territoriale Monopol“ und die Unterscheidung zwischen öffentlich und privat eine wesentliche Dimension ausspare: „ein Spektrum von Handlungsweisen, durch die Staaten ihren Gewaltapparat regelmäßig aus ausländischen Populationen konstituiert und ihnen gegenüber angewandt haben“ (34). Auch Barkawi betont die Notwendigkeit, einzelne Fälle zu untersuchen. Wie aber insbesondere ein Blick auf die „britische und indische Geschichte des *Empire*“ zeige, „kann der ‘Staat’ nicht isoliert von der breiteren Organisation der Macht einschließlich Wirtschaft und Kultur analysiert werden“ (47). Paradebeispiel dafür ist die *East India Company* als wichtigste der Chartergesellschaften, die bis in das 20. Jahrhundert hinein wesentlich das *Empire* begründet haben. Vor allem aber betont der Autor die Rolle kolonialer Armeen sowohl für die Schaffung der europäischen Kolonialreiche wie für die beiden Weltkriege. Für die Zeit nach der auf den Zweiten Weltkrieg folgenden breiten Entkolonialisierungswelle verweist Barkawi auf neue Formen, in denen „gleichzeitig beide Unterscheidungen“ zwischen öffentlich und privat sowie zwischen Inländern und Ausländern „manipuliert“ wurden (48): nicht nur durch die Rekrutierung von Ausländern in die Armeen der USA, Großbritanniens, Frankreichs (und demnächst Deutschlands?), sondern auch durch das „Umflaggen“ (47) vor allem von US-Piloten in zahlreichen postkolonialen Konflikten von Lateinamerika bis Vietnam. Kurz: „ausländische Kräfte der einen oder anderen Art stellten das primäre Instrumentarium des Westens

dar, mit dem das geformt und beherrscht wurde, was wir heute als den ‘globalen Süden’ kennen“ (50). Systematisch zeigt sich auch aus dieser Perspektive, dass die auf einer „Ontologie des Nationalstaates“ (51) gegründete Vorstellung eines internationalen Systems, das aus diskreten „Einheiten“ (Kenneth Waltz) oder „Containern“ (Antony Giddens) bestehe oder je bestanden hätte, weitgehend ins Reich der Fiktion gehört.

Der Band präsentiert durchaus auch Geschichten, etwa von den Kaperschiffen, die während der Kriege des 17. bis zum frühen 19. Jahrhundert ganz offiziell unter britischer, vor allem aber unter französischer Flagge auf der Nordsee unterwegs waren und ihre Beute mit Hilfe der entsprechenden, vorzugsweise in Norwegen akkreditierten Konsuln verwerteten (*Halvard Leira* und *Benjamin de Carvalho*), oder von der Hochzeit der Piraterie auf dem Nordatlantik, die die beiden Herausgeber als „parasitisch an irgendein Wirtschaftssystem angebunden“ verstehen, „das vom Seehandel abhängig ist“ (87). Deren Geschichte belege aber vor allem, in welchem Ausmaß die „Expansion, Konsolidierung und Verwaltung der europäischen [Kolonial-]Imperien ... auf privat mobilisierten Potentialen von Gewalt und Reichtum beruhte, die in den IB im allgemeinen nicht erkannt worden sind“ (104). *Eric Tagliacozzo* berichtet von den ambivalenten und zwielichtigen Positionen von Schmugglern in Südostasien, die im 19. Jahrhundert u.a. durch Drogenhandel wesentlich dazu beitrugen, die sich formierenden Staaten zu finanzieren.

Zwei Regionen mit aktuellen, akuten gewaltsamen Konflikten rücken mit Afghanistan und Ex-Jugoslawien in den Blick. *Antonio Giustozzi* und *Noor*

Ullah vergleichen die Werdegänge von drei afghanischen Kriegsherren bzw. „strongmen“, die vorwiegend in den 1980er Jahren bis in die 1990er aktiv waren, deren Erbe jedoch auch noch in der Gegenwart virulent ist. Dabei spielt die „Einwirkung des Auslands“ seit 1978/79 vor allem in Form der „Patronage politischer Organisationen“ seitens Pakistans, Saudi-Arabien und der USA eine wesentliche Rolle. Hier ist freilich weniger von Interesse, wie der Clan von Präsident Karzai mit der Opium-Wirtschaft in der Provinz Helmand verbunden ist (150), als vielmehr die sehr unterschiedliche Dynamik, die sich aus den deutlich divergierenden Möglichkeiten der Allianzbildung ergibt – je nachdem, ob die Akteure in erster Linie von einer tribalen Basis aus operieren oder nicht. Die zentrale, zumindest durch die drei unterschiedlichen Verläufe untermauerte These besagt, dass eine tribale Machtbasis es einem „strongman“ selbst bei momentanen militärischen Erfolgen gerade erschwert, andere tribale Gruppen zu absorbieren und so größere Allianzen dauerhaft zu begründen und abzusichern. Ohne eine solche Basis dagegen können Kriegsherren sich schlechter von militärischen Niederlagen erholen. Für den vorliegenden Band entscheidend ist jedoch der eindrucksvolle Nachweis, wie flüssig „die Grenzen zwischen ‘öffentlich’ und ‘privat’ sind“ (157). Ob das „Rätsel“ der „Unterscheidung zwischen Nicht-Staat und Staat“ jedoch einfach durch die Definitionen von Kriegsherren, „strongmen“ und Gewaltunternehmern zu lösen ist (ebd.), muss bezweifelt werden. Vielleicht sind gerade hier eher Owens grundlegende Einwände gegen den Bezugsrahmen dieser Fragestellung am Platz.

Die Auflösung Jugoslawiens und die folgenden Bürgerkriege bieten das vielleicht beunruhigendste Beispiel für die sehr handfesten Konsequenzen, die sich mit der Flüssigkeit der Begriffe verbinden, von der dieses Buch handelt. Nicht-offizielle staatliche Gewalt ergab sich hier vor allem aus der Verknüpfung zwischen einem Geheimdienst, der seit Jahrzehnten mit Kriminellen kooperierte und einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise in den 1980er Jahren. *Kenneth Morrison* zeichnet einige dieser Verbindungen nach, die dann in die praktisch unauflösliche Verstrickung sämtlicher Bürgerkriegsparteien mit mafiösen Netzwerken mündete, nicht zuletzt weil Waffen aus deren Schmuggelgeschäften mit Drogen, un versteuerten Zigaretten, aber auch Frauenhandel finanziert wurden. Fraglich bleibt da, ob es wirklich als „Katharsis“ (184) zu bezeichnen ist, wenn der Wiederaufbau nach dem Dayton-Abkommen denselben Gruppen neue Verdienstmöglichkeiten eröffnete. Was Morrison skizziert, ist allenfalls die Perspektive eines sehr langen Prozesses der Zurückdrängung des organisierten Verbrechens, das auch auf große Teile des östlichen Balkans ausgriff und vor allem nach einer Verlagerung der Schmuggelrouten von Albanern sowohl in Kosovo und Albanien als auch in Serbien und Mazedonien übernommen wurde. Morrison belegt zugleich, dass diese Sachverhalte gut erforscht sind. Demgegenüber spielen sie in Debatten über Staatlichkeit, die Dynamik von Ethnizität oder auch *peacekeeping* eine viel zu geringe Rolle.

Eine wichtige und gleichfalls sehr aktuelle Dimension der Unterscheidung zwischen öffentlich und privat sowie der Verwischung jeglicher strikter

Abgrenzung zwischen beiden zeigt *Patrick Cullen* mit seiner Analyse der Rolle privater Sicherheitsfirmen auf, die Schiffstransporte in der Straße von Malakka gegen Piraterie sichern. Dabei geht es weniger um das bemerkenswerte Niveau der Ausrüstung dieser Firmen oder die Rekrutierung ihres Mitarbeiterstabes, als vielmehr um ihre und ihrer Auftraggeber erfolgreichen Bestrebungen, ihren Aktivitäten auch gegenüber den Souveränitätsansprüchen der Anrainerstaaten dieses strategisch zentralen Schifffahrtsweges Geltung zu verschaffen. Bezeichnenderweise erfolgte dies letztlich durch den Rückgriff auf gesetzliche Verfahren, wobei jedoch „heute die Macht, Sicherheitsregime zu sanktionieren, einem weiter ausgreifenden Komplex öffentlicher Institutionen zukommt – vom Völkerrecht bis hin zu übernationalen Organisationen. Zu diesem Komplex gehört auch der Staat, aber er ist nicht auf diesen beschränkt“ (191). In dieser Situation eines auch anderwärts – etwa von *Shalini Randeria* – beschriebenen, über mehrere Ebenen des Weltsystems reichenden Rechtspluralismus konnten sich die privaten Akteure letztlich insofern durchsetzen, als es ihnen gelang, die zentralen Entscheidungskompetenzen, zumal im Hinblick auf „letale Gewalt“ (205) im Sinne eines „hybriden Produkts“ ihrer Kooperation (203) untereinander aufzuteilen und staatliche Ansprüche deutlich zurückzudrängen. Dabei verschieben sich freilich die Zielsetzungen: Gegenüber dem staatlichen Anspruch, die Täter „zu ergreifen“, sind private Akteure bestrebt, Piratenakte zu verhindern (206). Insgesamt zeigt sich, dass hier das Sicherheitsregime „vom Staat abgekoppelt“ wurde (211) mit der

Konsequenz, dass „die Beziehung zwischen Territorium, Entscheidungsgewalt und Zwang ... definitiv auseinandergerissen wird“ (212).

Die in diesem Band immer wieder angesprochenen Bezüge vieler der behandelten Sachverhalte zum Konzept der *Public Private Partnership* rücken *Rita Abrahamsen* und *Michael C. Williams* im abschließenden Kapitel mit dem besonders aufschlussreichen Beispiel des Sicherheitsregimes in Kapstadt noch einmal in den Mittelpunkt. Die Verbesserung der Sicherheitslage zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung und zumindest in den zentralen Teilen Kapstadts, die durch ihre wirtschaftliche und touristische Bedeutung herausragen, geht auf die Initiative des *Cape Town Central City Improvement District* (CCID) zurück. Sie lehnt sich an ähnliche Erfahrungen etwa in Brooklyn (New York) an und steht darüber hinaus im Kontext der Entstehung einer international vernetzten und zunehmend zentralisierten Branche. *Group4Securicor*, einer der während des letzten Jahrzehnts entstandenen Multis in diesem Bereich, ist dabei ein entscheidender, wenn auch keineswegs der einzige Partner. Vielmehr handelt es sich bei CCID um eine „Vertragsgemeinschaft zwischen den Grundsteuerpflichtigen (ratepayers), der Geschäftswelt und dem Stadtrat“. Wenn dabei jedoch „Sicherheit als Dienstleistung wie jede andere betrachtet“ wird und „CCID als Konsument“ dieser Dienstleistung auftritt (230f), so verweist dies zurück auf die Grundlage der Autorität, auf die private Sicherheitsfirmen sich berufen können: den Markt, über den vermittelt sie als „rechtliche ‘Beauftragte’ derer“ auftreten, „die Eigentum kontrollieren

oder besitzen“ (220), auch wenn „die Sicherheits-Arrangements von CCID weit davon entfernt sind, völlig privat zu sein“ (231). Eine wichtige Komponente ist dabei die Haltung der ANC-Regierung, die sich zunächst deutlich reserviert zeigte – nicht zuletzt, weil das Personal der Sicherheitsfirmen größtenteils aus den demobilisierten Armee- und Polizeikräften des Apartheidsregimes rekrutiert wurde. Dies hat dann relativ ausdifferenzierten rechtlichen Regulationsinstrumenten Platz gemacht. Ausgespart bleibt hier die unverkennbare parteipolitische Dimension: Das *Cape Town City Council* kann füglich als wichtigstes Machtzentrum der im Westkap am besten verankerten größten südafrikanischen Oppositionspartei *Democratic Alliance* und ihrer Exponentin Helen Zille gelten.

Es sollte deutlich geworden sein, dass der (ungeachtet teilweise mangelhaften Korrekturlesens und entsprechend holpriger Lektüre) definitiv lesenswerte Band Einblicke in Debatten und Sachverhalte eröffnet, die für realistische Vorstellungen von „öffentlicher“ Sicherheit in der gesamten Moderne einschließlich der frühen Neuzeit unerlässlich sind. Die Einsicht in die prekären Grundlagen von Unterscheidungen, die konstitutiv für zentrale Begriffe und Theoriebildungen in den Bereichen der Politik und des Staates in der Moderne sind, stellt eine ernsthafte Herausforderung dar, Macht- und Gewaltordnungen neu zu denken. Wie vor allem Owens in ihren freilich eher begrifflich abstrakten Überlegungen deutlich macht, genügt es dabei nicht, hier etwa in Kategorien des Verfalls oder auch des Defizits und der Rückständigkeit zu denken.

Reinhart Kößler

Christopher Coker: *Barbarous Philosophers. Reflections on the Nature of War from Heraclitus to Heisenberg*. London: Hurst & Co. 2010, 278 Seiten

Das Reden und Schreiben über Klassiker hat den Vorteil, dass diese meist tot sind und sich nicht mehr wehren können. Allerdings sollen sie sich gelegentlich im Grabe umdrehen, und die Art, wie der genannte Vorteil hier genutzt wird, dürfte erhebliche Drehmomente auslösen. Die verschiedentlich variierte Grundthese basiert auf der Unterscheidung zwischen „Krieg“ (*war*) als einer seit der griechischen Antike immer wieder theoretisierten, verregelten Veranstaltung und *warfare* als einem Gewaltgeschehen, dem solche Regeln abgehen und das folglich dem „Naturzustand“ zuzuordnen sei. Mit dem Buchtitel nimmt sein Verfasser ironisch Bezug auf Jean-Jacques Rousseau, der eben die reale Barbarei des Krieges den Reflektionen der Philosophen polemisch gegenübergestellt hatte. Diese Perspektive erscheint Christopher Coker unrealistisch. Er stellt dem das Bestreben entgegen, Krieg regelhaft zu führen, was er freilich nicht überraschend ehestens anhand der Kabinettskriege im 18. Jahrhundert entwickelt. In seinem durchaus präsentistischen Zugriff wird auch immer wieder klar, dass er die Ikonen des „Kriegs gegen den Terror“ wie Guantanamo oder Abu Ghraib nicht als Ausformung des „Krieges“ in diesem Sinne verstanden wissen will. Stellenweise erweckt er die Erwartung, er argumentiere, dass „Krieg“ an ein historisches Ende gekommen sei, was den Schluss nahelegen würde, bei dem Gewaltgeschehen der Gegenwart hätten wir es ausschließlich mit *warfare* zu tun.

Er endet dann aber mit „der Mahnung des Aristoteles, dass Krieg eine politische Tätigkeit bleiben müsse, und nicht ein Kreuzzug gegen ein Konzept – den Terrorismus“ (257). Allerdings bleibt er die Antwort darauf schuldig, was diese Unterscheidung denn praktisch zu bedeuten habe. Dafür erfahren wir, dass „Achilles weiter auch die Krieger von morgen begeistern wird, selbst in der Welt der *star troopers*“ (219).

Das Buch gleicht insgesamt einer Ansammlung von Leseprüften, die allzu oft auf sekundärer Kenntnis beruhen und durch die der Autor uns assoziativ mäandrierend hindurchleitet. Dabei lässt er auch wissen, Immanuel Kant, Georg Wilhelm Friedrich Hegel oder Martin Heidegger seien schwer zu verstehen, weshalb letzterer zwar aufgrund seines Technologie-Begriffs irgendwie mit Marx zusammengespannt, aber lieber erst gar nicht direkt zitiert wird – die Gewährsquelle fehlt im Literaturverzeichnis. Auch die Gleichsetzung der Machtbegriffe von Thomas Hobbes und Michel Foucault (154) zeugt nicht von gründlicher Kenntnisnahme.

So weit, so schlecht. Festzuhalten bleiben zwei durchgängige, zentrale und leider nach wie vor lehrreiche Probleme. Zum einen betrifft dies die Folie des „Naturzustandes“, den Coker keineswegs etwa als Gedankenmodell betrachtet; vielmehr erblickt er dafür empirische Belege in erster Linie in den vorgeblich völlig hemmungslosen Zusammenstößen von „Jägern und Sammlern“, was sich mit Verweis auf „Hobbes als einen der frühesten Ethnographen der Geschichte“ (158) unter Absehung von rezenten Einsichten dieser Wissenschaft glänzend belegen lässt. Erst gegen Ende dämmernt immerhin die Einsicht, Hobbes’

„Darstellung des Naturzustandes“ sei „zu atomistisch“ und übersehe die notwendige Kooperation der Individuen (251). Unbeschadet dessen stellt Coker die im Kern evolutionistische Vorstellung von der Regellosigkeit des Kriegsgeschehens im Sinne von *warfare* vor der „Erfindung“ des Krieges durch die griechischen Philosophen immer wieder heraus. Da er die nicht abzustreitenden Verluste an Regelmäßigkeit zumal, aber nicht nur in den Kriegen des 20. Jahrhunderts weder systematisch reflektiert noch historisch einordnet (vgl. hierzu etwa Moses in *PERIPHERIE* 116), bleibt – abgesehen von Verweisen auf die Verabsolutierung des Willens durch die Nazis – völlig im Dunkeln, wie es zu all dem immer wieder gekommen ist. Eine Reflektion dieser Grenzziehung wäre aber das mindeste, was man von einer solchen letztlich bellizistischen Argumentation doch erwarten müsste. Auch wenn Augustinus ein eigenes Kapitel gewidmet ist, kommt die Lehre vom gerechten Krieg, aus der hier ja immerhin Hinweise zu gewinnen wären, nicht vor.

Schließlich ist die gesamte Argumentation, soweit erkennbar, geradezu schamlos eurozentrisch angelegt. Zwar wendet sich Coker *en passant* unter Berufung auf Edward Said gegen „ethnische und rassische Stereotypisierung“, doch reicht sein Horizont über die Provinz Europa nicht hinaus, auf die er immer wieder in der Form eines „wir“ Bezug nimmt, das alle einschließt von Heraklit über Plato, Machiavelli, Hegel, Engels oder Nietzsche bis hin zum Autor selbst. Griechenland ist aus dieser Sicht vom Himmel gefallen, und ausgehend von dieser Kosmogonie erhellt sich dann der Erdkreis mit der Ausbreitung des „Krieges“ als Regelwerk, das die Welt

zuvor nicht kannte. Zwar kommt auch gelegentlich der Einsatz des Maschinengewehrs beim *scramble for Africa* zur Sprache (212), doch allein zur Illustration der Bedeutung von Technologie und des „rationalen“ Verhaltens der Pondo, die nach einer Demonstration der neuen Waffen sich gleich unterwarfen. So kann insgesamt auch die kritische Attitüde nicht über das apologetische Ergebnis hinwegtäuschen.

Reinhart Kößler

Moeletsi Mbeki: *Architects of Poverty. Why African Capitalism Needs Changing*. Johannesburg: Picador Africa 2009, 196 Seiten

Der Autor, jüngerer Bruder des ehemaligen Präsidenten der Republik Südafrika Thabo Mbeki, zählt zu den wenigen Politikern afrikanischer Befreiungsbewegungen, die das Regierungshandeln ihrer ehemaligen Weggefährten scharf kritisieren. Mit seiner Behauptung, den Armen in Südafrika sei es während des Kolonialismus besser gegangen als heute, und der Forderung, Jonathan Moyo, einen der Architekten von Robert Mugabes autoritärem Regime, bei seinem nächsten Aufenthalt in Südafrika zu verhaften, hat er sich deutlich positioniert. In *Architects of Poverty* versucht er, die politische und wirtschaftliche Misere des afrikanischen Kontinents als Ergebnis von Macht und Interessen der post-kolonialen Eliten zu erklären.

Bereits in der Einleitung verdeutlicht er seine Kernthese: Zu Zeiten des Sklavenhandels seien es Afrikaner gewesen, die andere Afrikaner jagten, gefangen nahmen und an europäische Händler verkauften. Heute seien es wieder Afrikaner, die die Rohstoffe des Kontinents

dem Rest der Welt überließe und so Entwicklung zum Wohle aller Afrikaner verhinderten – aufgrund seiner Eliten verharre der Erdteil im „merkantilen Kapitalismus“.

Die post-kolonialen Eliten hätten lediglich den kolonialen Regierungsapparat übernommen. Sie lebten von Bestechungsgeldern und Steuerleistungen ausländischer Unternehmen, die nach Afrika kämen, um dort Rohstoffe abzubauen. Wohlstand resultiere für die einheimischen Eliten nicht aus produktiver Tätigkeit, sondern aus der Kontrolle über den Staatsapparat. Statt wie Ostasien den Übergang von der landwirtschaftlich geprägten Produktionsweise zum Industrie- und Dienstleistungssektor zu vollziehen, finde in Afrika deswegen seit den 1970er Jahren eine Deindustrialisierung statt – der Kontinent mache keine wirtschaftlichen Fortschritte, sondern falle zurück.

Am Beispiel Zimbabwes zeigt Mbeki, dass die post-kolonialen Eliten nicht nur einen Kurs fahren, der wirtschaftlicher Entwicklung entgegensteht. Die Herrschenden nutzten praktisch alle denkbaren Mittel, um auch den politischen Aufstieg eines kommerziell erfolgreichen Mittelstandes zu verhindern – in ihm sähen sie eine Bedrohung ihres Machtmonopols. So reagiere die dortige Elite mit massiver Repression auf die Wahlerfolge des *Movement for Democratic Change* (MDC), die Vertretung der aufstrebenden ländlichen und städtischen Mittelschicht. Dies führe in den wirtschaftlichen Ruin. Dass die Regierungen von Zimbabwes Nachbarstaaten nicht für den MDC und gegen die Mugabe-Regierung eintreten, erklärt Mbeki damit, dass alle an die Macht gekommenen Befreiungsbewegungen

des Kontinents die Konkurrenz von Organisationen wie dem MDC fürchteten und daher deren Unterdrückung, zwar nicht mit allen Methoden, aber doch prinzipiell zugeneigt seien.

Zur Auflösung dieser aus Macht und Interessen der herrschenden Eliten resultierenden Entwicklungsbarriere hält der Autor in einem grundlegenden Wandel der politischen und wirtschaftlichen Systeme Afrikas für notwendig: Politisch müssten sie – auch gegen den Widerstand der Eliten – den kommerziellen Mittelstand und die Masse der Kleinbauern einbeziehen und auf dieser politischen Grundlage vom Merkantilismus zum modernen Industriekapitalismus übergehen. Doch kapitalistische Entwicklung als Heilmittel für alle Probleme Afrikas zu präsentieren ist gerade im Kontext von Mbekis Argumentation nicht überzeugend. Kapitalistische Entwicklung nach westlichem und ostasiatischem Vorbild bräuchte auch in Afrika einen Partner zum Ausbeuten. Der Wohlstand in den Zentren der Weltökonomie geht, wie gerade die Hinweise des Autors zur Partnerschaft der afrikanischen Eliten mit nicht-afrikanischen Konzernen und Regierungen nahelegen, mit der Armut der Peripherie einher. Die Krise in Zimbabwe bringt Mbeki explizit mit der Expansion von Unternehmen aus Südafrika in Verbindung. Diese hätten zimbabwische Produkte von afrikanischen Märkten verdrängt, so die Wirtschaft des Nachbarlandes geschädigt und den Anstoß zu dessen Krise gegeben. Dass der kapitalistische Aufstieg eines afrikanischen Landes zur Krise eines anderen führt, hätte der Autor in Bezug auf die von ihm angeratene Entwicklungsstrategie zumindest problematisieren müssen. Auch die Erwartung, die Masse

der Kleinbauern, sprich ein bedeutender Anteil der Bewohner Afrikas, werde vom modernen Industriekapitalismus profitieren, ist durch industriekapitalistische Entwicklung in anderen Teilen der Welt nicht gedeckt.

Darüber hinaus erhebt er den Anspruch, eine Erklärung für die Misere des ganzen Kontinents zu liefern. Seine Ausführungen beschränken sich allerdings auf Zimbabwe und Südafrika. Dass die beiden Staaten modellhaft für alle Länder Afrikas sind, zeigt Mbeki nicht. Auch blendet er aus, dass postkoloniale Eliten in anderen Staaten des Kontinents, beispielsweise in Ägypten unter Gamal Abdel Nasser oder in Burkina Faso unter Thomas Sankara, durchaus positive wirtschaftliche Entwicklungen einleiteten, die aber gerade nicht auf einem demokratischen Wandel zugunsten der Mittelschicht fußen.

Nichtsdestotrotz liegt der Wert des leicht lesbaren Buches darin, die Elitenproblematik zumindest für Zimbabwe und Südafrika überzeugend und kenntnisreich herauszuarbeiten. Mbeki zeigt darüber hinaus, dass die zimbabwische und die südafrikanische Gesellschaft jenseits der Nachfahren der europäischen Einwanderer vielfältiger als oft im westlichen Diskurs dargestellt sind und dass zwischen der Mehrheit der Bevölkerung und den post-kolonialen Eliten alles andere als Interessenkongruenz besteht – Macht und Wohlstand letzterer bedeuten Ohnmacht und Armut der Erstgenannten. Inwiefern sich diese Analysen für ganz Afrika verallgemeinern lassen und wie viel Gewicht ihnen im Vergleich zu anderen Faktoren für wirtschaftliche Stagnation und Autoritarismus beizumessen ist, bleibt jedoch offen.

Sören Scholvin

Walden Bello: *Politik des Hungers*. Berlin: Assoziation A 2010, 199 Seiten

Der Soziologieprofessor an der *University of the Philippines* und Träger des Alternativen Nobelpreises befasst sich in seinem neuen Buch, das im Original unter dem Titel *Food Wars* erschien, mit den Ursachen der jüngsten Nahrungsmittelkrise. Zwischen 2000 und 2008 verdreifachten sich infolge massiver Preiserhöhungen die Kosten für Nahrungsmittelimporte der „am wenigsten entwickelten Länder“ der Welt. In Haiti etwa stiegen 2008 die Preise für Reis innerhalb der ersten vier Monate um das Vierfache. Der karibische Inselstaat war nur eines von etwa 30 Ländern, in denen 2007/08 „Hungerrevolten“ stattfanden, weil Reis, Getreide, Speiseöl und Seife für viele unbezahlbar geworden waren.

Walden Bellos zentrale These lautet, die Verdrängung (klein-)bäuerlicher Produktion zugunsten am Weltmarkt orientierter agrarindustrieller Konglomerate sei ursächlich für die Krise. Ein Vierteljahrhundert neoliberaler Strukturanpassung habe zu einer „weitreichenden Destabilisierung und Transformation der ländlichen Verhältnisse“ (25) geführt. Jedoch ließen sich kleinbäuerliche ProduzentInnen nicht so widerstandslos durch die Agrarindustrie verdrängen, wie es PolitökonomInnen vorhergesagt hätten.

In sieben Kapiteln analysiert der Autor Ursachen und Folgen der Preis-krise, stellt Widerstand und Alternativen dar. Zunächst skizziert er die Entstehung und Ausbreitung des Kapitalismus beginnend im England des 17. Jahrhunderts über die französische Revolution und die Kolonialisierung bis hin zum Bretton-Woods-Abkommen. Anders als im

Ursprungsland Großbritannien habe die kapitalistische Entwicklung jedoch nicht zu einer (fast) vollständigen Verdrängung der bäuerlichen Anbauweise geführt.

In den folgenden Kapiteln illustriert Bello an empirischen Beispielen, wie Strukturanpassung und Liberalisierung zu Preiskrisen bei Nahrungsmitteln führten. Der 60-prozentige Anstieg der Maispreise in Mexiko im Frühjahr 2007 (die „Tortilla-Krise“) sei eine Folge von Strukturanpassung, erzwungener Handelsliberalisierung sowie umfangreichen Privatisierungen kommunalen Landbesitzes gewesen. Ökonomische Liberalisierung unter Druck von IWF, Weltbank und WTO seien auch ursächlich dafür, dass die Philippinen vom Nettoexporteur zum Nettoimporteur von Reis wurden. Nach den Länderbeispielen Mexiko und Philippinen diskutiert Bello die „Krise der afrikanischen Landwirtschaft“ ohne weitergehende Differenzierung für einen gesamten Kontinent. Dadurch entsteht der Eindruck einer Pauschalisierung Afrikas, der darüber hinaus durch den Verweis auf „Bürgerkriege und die Ausbreitung von HIV und AIDS“ (94) als Ursachen für die Preiskrise im Nahrungsmittelbereich verstärkt wird. Doch auch hier sei „eine wesentliche Erklärung [...] im Abbau staatlicher Kontrollen und Unterstützungsleistungen zu sehen, wie er sich im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme vollzogen hat“ (94).

Ein hoher Grad an Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln kennzeichnet die besondere Situation in China. Nach Bellos Auffassung drohe dieser jedoch im Zuge der Handelsliberalisierung durch den WTO-Beitritt abzusinken. Entgegen anders lautenden Befürchtungen sei Chinas wachsende

Nahrungsmittelnachfrage aber nicht für die Preiskrise verantwortlich. Allerdings drohe durch die zunehmende Fleischnachfrage eine ökologische Katastrophe infolge der Abholzung von Wäldern in Brasilien und Argentinien für den Anbau von Soja als Tierfutter.

„Biotreibstoffe“ werden prominent als mögliche Ursache der Nahrungskrise diskutiert. Bello argumentiert, Agrotreibstoffe hätten zwar zu Steigerungen der Nahrungsmittelpreise beigetragen, wobei die Vorsilbe „Bio-“ euphemistisch die ökologische Verträglichkeit suggeriere. Ihre Hauptursachen seien jedoch „die Strukturanpassung, der Freihandel und die Politik des Transfers von Wertüberschüssen aus der Landwirtschaft in die Industrie“ (144).

Abschließend untersucht Bello den bäuerlichen Widerstand gegen die zunehmende Industrialisierung und Globalisierung der Landwirtschaft. Dabei identifiziert er eine „neue Bauernbewegung“, repräsentiert durch den Dachverband *La Via Campesina*, die „viele Angehörige der globalen Zivilgesellschaft [...] als den Inbegriff von Hingabe, Mut, Fantasie, innovativer Organisation und Elan“ (169) wahrnehmen. Die Bewegung der Bäuerinnen und Bauern habe die der IndustriearbeiterInnen als wichtigste Gegenspielerin des Kapitals abgelöst. Bello stellt drei ihrer Protagonisten in seinem Buch vor: den koreanischen Bauern Lee Kyung Hae, der sich 2003 im Zuge der Proteste gegen das WTO-Ministertreffen das Leben nahm, den Vorkämpfer der französischen *Confédération Paysanne* José Bové sowie den Mitbegründer der brasilianischen Landlosenbewegung *Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra* João Pedro Stédile. Ein afrikanisches

Beispiel fehlt. Ein Grund dafür könnte sein, dass die „Hungerrevolten“ und meisten sozialen Bewegungen in Afrika nicht ins Bild des bäuerlichen Widerstands passen, denn sie werden nicht von AgrarproduzentInnen, sondern von Gewerkschaften und Studierenden getragen und richten sich primär gegen die nationalen Regierungen.

Der Wissenschaftler und Aktivist Bello hat eine gut lesbare Analyse vorgelegt, die zur Pflichtlektüre von GlobalisierungskritikerInnen gehört. Es gelingt ihm, überzeugend und anschaulich zu zeigen, dass die gegenwärtige Preiskrise bei Nahrungsmitteln im Kern eine Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft ist. Dabei tritt der Autor kompromisslos für Ernährungssouveränität ein und stellt sich auf die Seite der Bauernbewegung. Bello macht es seinen LeserInnen leicht: Er benennt, was richtig (bäuerliche Landwirtschaft) und was falsch (industrielle Agrarproduktion) ist. Freilich stößt der Dualismus von bäuerlich vs. kapitalistisch als analytische Leitdifferenz jedoch an seine Grenzen. Denn auch kleinbäuerliche Produktion unterliegt weltweit kapitalistischer Vergesellschaftung, und Bauern/Bäuerinnen sind nicht notwendigerweise am Erhalt von ökologischer Vielfalt und Ernährungssicherung ihrer lokalen Gemeinschaften orientiert.

Bettina Engels

Theo Rauch: *Entwicklungspolitik. Theorien, Strategien, Instrumente*. Braunschweig: Westermann 2009 (= Das Geographische Seminar), 384 Seiten

Als Ziel des Buches definiert der Autor, „Ansätze, Strategien und Instrumente der Entwicklungspolitik in

ihrer Differenziertheit zu beschreiben, sie theoretisch einzuordnen und eine realistische Einschätzung über deren Potenziale und Grenzen zu ermöglichen“ (16). Die Adressaten sind sehr weit gefasst: Studierende und Fachleute, d.h. Spezialisten und ‘Macher’ sowie die kritische Öffentlichkeit (17). Diesem Informationsanspruch folgend ist das Buch sehr breit angelegt und deckt praktisch das gesamte entwicklungspolitische Themenspektrum ab.

Im ersten der beiden Teile mit der Überschrift „Internationale Entwicklungszusammenarbeit im Wandel“ beschreibt Theo Rauch die Entwicklungspolitik im Gesamtzusammenhang der anderen Politikfelder. In sechs Kapiteln stellt er ausführlich die Formen von Entwicklungszusammenarbeit und die Umsetzung sowie die damit befassten Institutionen und Organisationen dar, wie sie bis zur Umstrukturierung der staatlichen Durchführungsorganisationen 2010 bestanden. Auf die verschiedenen thematischen Schwerpunkte geht er unter der Überschrift „Modewelten oder Lernprozesse?“ ein, indem er die Phasen mit ihren Themen und Strategien seit den 1950er Jahren beschreibt und diskutiert. Die wichtigsten theoretischen Ansätze stellt er im Kapitel „Unter Beschuss aus allen Richtungen – Entwicklungspolitik in der Kritik“ vor. Gut nachvollziehbar und faktenreich präsentiert er sie dem Leser und erläutert, worin die kritische Essenz jedes Entwurfs besteht. Eine kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen sog. Entwicklungstheorien findet dabei nicht statt, dies entspricht auch nicht der Konzeption des Bandes. Des Weiteren führt Rauch kurz die allgemein bekannten Kritiken an der Entwicklungspolitik auf, etwa die

These: „Entwicklungspolitik nützt den Reichen und schadet den Armen“ (97f) oder die Fixierung auf die Durchführung von Projekten, Projektitis genannt. Als neuere Reformansätze präsentiert er globale Strukturpolitik und die Orientierung auf Wirksamkeit.

Der zweite Teil (119 ff), der etwa zwei Drittel des Buches einnimmt, widmet sich den Strategien und Instrumenten der Entwicklungspolitik. Dessen fünf Kapitel sind eingeteilt in den Mehrebenen-Ansatz und die Dimensionen „ökonomisch“, „ökologisch“, „politisch-institutionell“ und „gesellschaftlich“. Der Autor stellt ausführlich die jeweilige Problematik dar, für die Lösungen gesucht werden bzw. von der Entwicklungspolitik angeboten werden. Sehr detailliert zeigt er die zugrundeliegenden Theorien und/oder die Theorien zur Problemlösung auf. In anschaulicher Form liefert er Hintergrundinformationen zu den einzelnen Themenfeldern. Bei seiner Darstellung bearbeitet er im Wesentlichen alle Problemfelder und Themen, wie sie in der öffentlichen Diskussion präsent sind.

Er stellt die Strategien und Instrumente dar und setzt sich bedingt kritisch mit ihnen auseinander, indem er sie zwar nicht grundsätzlich in Frage stellt, aber insbesondere auf ihre Probleme und Grenzen hinweist. In diesen Kapiteln diskutiert er das gesamte Spektrum der gängigen entwicklungspolitischen Praktiken, das Handwerkszeug der Entwicklungspolitik, man kann sagen: lückenlos. Das Fazit und die Leitlinien für eine nachhaltige armutsorientierte Entwicklung (359ff) bieten keine Überraschungen und neuen Erkenntnisse, sondern bringen im Grunde nur die bekannten Standpunkte, vor allem

auch die des entwicklungspolitischen Mainstreams.

Damit soll der Band jedoch nicht abgewertet werden, denn das Verdienst des Autors und der Nutzen des Buches für seine vielfältigen Zielgruppen liegen in dieser Gesamtschau darin, die bundesdeutsche Entwicklungspolitik in systematischer Weise aufzubereiten. Das Buch bietet eine handliche Zusammenfassung der Diskussionen mit ausgesprochen reichhaltigen Quelleangaben, seit die Entwicklungspolitik in der BRD in den 1960er Jahren als Politikfeld etabliert wurde. Mit der Nennung der wichtigen Vertreter aus den verschiedenen Epochen und Phasen der Diskussion ist es ein Kompendium, das in dieser umfassenden und zugleich konzisen und damit sehr nützlichen Form bisher nicht vorlag. Es konzentriert sich dabei, ohne dies ausdrücklich zu erwähnen auf die staatliche Entwicklungspolitik; die NRO-Seite kommt kaum vor. Dem Charakter des Bandes entspricht es folgerichtig auch weniger, eine grundlegende kritische Diskussion der theoretischen Ansätze zu leisten und die Entwicklungspolitik als solche zu hinterfragen. Denn sein Tenor ist insgesamt eine grundsätzliche Bejahung, auch wenn er die kritischen Aspekte keineswegs verheimlicht, sondern zur Diskussion stellt, um zu weiterem Nachdenken anzuregen. So übernimmt er die im Alltagsgebrauch üblich gewordenen Begrifflichkeiten nicht unhinterfragt, sondern erläutert sie in ihrer vielschichtigen Bedeutung, wie z.B. den zentralen Begriff „Entwicklung“ (34f).

Das Buch ist sehr verständlich geschrieben und erläutert die Zusammenhänge schlüssig und ausführlich, ja, an manchen Stellen für Fachleute (die explizit Teil der Zielgruppe sind)

sogar zu ausführlich. Der ausgesprochen didaktische Aufbau macht es zu einem Lehrbuch für alle Nutzer und wird damit der Zielsetzung durchaus gerecht. Die vielen gut platzierten und verständlichen Tabellen, Kästen, erläuternden Schemata und Graphiken erleichtern bei der Lektüre das Verständnis und geben einen raschen Überblick zur Fragestellung und Thematik. Das Kompendium wird ergänzt durch einen besonders nützlichen Anhang – ein Service und eine Arbeit, die sich leider nicht alle Autoren und Verlage machen. Das Literaturverzeichnis gibt einen sehr umfassenden Überblick über die Literatur aus dem entwicklungspolitischen Mainstream seit den 1950er Jahren. Glossar und Register ergänzen den Serviceteil. Mit all den genannten Stärken ist das Buch nicht nur eine hilfreiche Übersicht für Studenten, sondern auch ein nützliches Nachschlagewerk für Fachleute.

Theo Mutter

Reiner Steinweg & Ulrike Laubenthal (Hg.): *Gewaltfreie Aktion. Erfahrungen und Analysen*. Frankfurt a.M. Brandes & Apsel 2011, 287 Seiten

Glaubt man der Presse, so ist der arabishe Frühling angebrochen, und in Baden Württemberg bahnt sich – nicht zuletzt wegen Stuttgart 21 – eine politische Zeitenwende an. Gewaltfreie Aktionen stehen wieder einmal im Mittelpunkt des deutschen und internationalen Interesses. Genau zum richtigen Zeitpunkt erscheint also der hier zu besprechende Sammelband, der erste deutschsprachige zu diesem Thema seit anderthalb Jahrzehnten. Über zwanzig Autoren setzen sich in einem Mosaik aus insgesamt

28 Erfahrungsberichten, Analysen und Interviews mit ihren Erfahrungen mit gewaltfreiem Protest in Demokratien wie in autoritären Regimen auseinander.

Eröffnet wird der Band mit dem Beitrag „Element der Gütekraft“. In ihm erörtert *Hildegard Goss-Mayer*, die *grande dame* der gewaltfreien Bewegung, den Begriff der „Gütekraft“ und illustriert ihre Ausführungen mit Berichten aus ihrem reichen Erfahrungshorizont. Einen anthropologischen Standpunkt einnehmend, betrachtet sie ihn als eine „Kraft der Wahrheit, der Liebe und der Gerechtigkeit zur Überwindung von Leben mindernden, Leben zerstörenden Haltungen (Gewalt)“ (39). Diese Kraft wohne gleich einer „Urkraft“ dem Menschen inne, „genauso wie wir in uns den Willen zu Herrschaft und Gewalt tragen“ (39). Bisweilen mutet Goss-Mayers Definition jedoch ein wenig esoterisch an, betont sie doch explizit die transzendenten Charakteristika dieser Kraft.

Der erste Teil des Bandes „Beispiele und was sie zeigen“ widmet sich einzelnen Fallbeispielen gewaltfreier Aktionen in innergesellschaftlichen und internationalen Konflikten. Einige Beiträge sind im Stile chronologischer Schilderungen aus der Perspektive der Teilnehmenden Beobachtung gehalten, andere bleiben anekdotenhaft. Behandelt werden unter anderem die Proteste gegen Stuttgart 21, geplante Truppenübungsplätze in der Kyritz-Ruppiner Heide und im südfranzösischen Larzac, den Anbau gentechnisch veränderten Maises im Wendland, das Atommüllendlager Gorleben, den Golfkrieg 1991, die israelische Teilung der Jerusalemer Al-Quds-Universität sowie. Außerdem beleuchten gleich zwei Beiträge, wie der Versuch

scheiterte, durch die Mavi Marmara die Blockade des Gaza-Streifens zu brechen.

In einer hervorragenden Studie über die paschtunische Bewegung der Khudai Khidmatgar (Diener Gottes) widmet sich *Sruti Bala* den performativen Aspekten einer Gruppierung, welche sich nicht nur das Ende der britischen Kolonialherrschaft, sondern auch die interne Reform der paschtunischen Gesellschaft zum Ziel gesetzt hatte. Ihr Beitrag veranschaulicht, wie es gelang, „mit Hilfe einer Neudeutung kultureller Normen von Männlichkeit, Ehre, Gemeinschaftsleben und Beharrlichkeit“ (125) eine effektive, wenn auch nur taktisch gewaltfreie Bewegung zu etablieren. Angesichts weitverbreiteter Stereotypisierung der Paschtunen und der Debatte um das Verhältnis zwischen Islam und Gewalt ist dies ein hochwillkommener und lehrreicher Beitrag.

In einem, leider etwas kurz geratenen, aber dafür prägnanten und präzisen Beitrag beschreibt *Rainer Steinweg* gewaltfreie Proteste des „arabischen Frühlings“ und analysiert treffend die Ursachen für den Erfolg der Revolution in Tunesien und Ägypten auf der einen sowie die Gewalteskalation in Libyen und Syrien auf der anderen Seite.

Im zweiten Teil „Auf den Punkt gebracht“ werden diverse Einzelaspekte gewaltfreier Aktionen beleuchtet, so unter anderem das Verhältnis von Antimilitarismus und Gewaltfreiheit, die Normen Mahatma Gandhis und die Erfolgsbedingungen zivilen Ungehorsams. In einem lexikalischen Artikel versucht sich *Theodor Ebert* an einer umfassenden Definition der Gewaltfreien Aktion sowie einer Beschreibung ihrer Formen und Wirkungsweisen. Seine Definition enthält einige interessante Ansätze; ihre

normative und idealistische Ausrichtung schmälert jedoch ihren analytischen Wert.

Martin Arnold greift den Begriff der Gütekraft auf, und geht intensiver auf ihre Wirkungsmechanismen ein. Er argumentiert überzeugend, diese Kategorie sei eine treffende Übersetzung für Gandhis Konzept des *satyāgraha*. Somit könne der Terminus zur Überwindung der „Schwächen und Mängel der Lexie ‘non-violence’“ (188) beitragen, welche sowohl eine Haltung aus Überzeugung als auch eine aus rein taktischen Erwägungen beinhaltet.

Teil drei „Zur Vorbereitung gewaltfreier Aktionen“ widmet sich speziellen Trainings für gewaltfreie Aktionen, einem ursprünglich angelsächsischen Konzept, das sich in Deutschland wachsender Beliebtheit erfreut. Ausgehend von der Tatsache, dass es sich bei gewaltfreien Aktionen um Extremsituationen handelt, bekräftigen die Autoren die Bedeutung intensiver Vorbereitung; dazu gehören das Erlernen von *coping*, Strategien für potentielle Gegengewalt oder das Einüben basisdemokratischer Strukturen. Zudem wird konstatiert, dass sowohl eine Tendenz zur Professionalisierung als auch zur Entpolitisierung von Trainingsangeboten zu beobachten ist. Uwe Painke bezeichnet diese neuen Konzepte treffend „als rationalisierte kapitalistische Variante von Trainings“ (214). Dass sich ein Beitrag Ulrike Laubenthals eigens den Kontaktadressen von Anbietern gewaltfreier Trainings widmet und hierbei teils auf kommerzielle Angebote einiger Autoren/Autorinnen verweist, lässt jedoch einige Zweifel an deren Objektivität und Glaubwürdigkeit aufkommen.

Der vierte Teil „Kritisches“ setzt sich in kritischen Beiträgen insbesondere mit Beispielen mit gescheiterten gewaltfreien

Aktionen auseinander. Egbert Jahn's Beitrag „Mit gewaltlosen Techniken für unlautere Ziele?“ sticht hierbei durch seine kritische Sichtweise und seinen hohen Grad an Reflexion hervor. Der Autor betont, dass „die Berufung auf einen außer- und übergesetzlichen Zweck [...] höchst problematisch [sei], weil es in jeder Gesellschaft ganz unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen gibt, die keine Allgemeingültigkeit beanspruchen können“ (248). Die Rolle des *advocatus diaboli* einnehmend, merkt er an, dass in der Nomenklatur gewaltloser Aktionen auch die „Kauf nicht beim Juden-Aktionen der Nationalsozialisten in den 1930er Jahren [...] Akte der Nonkooperation“ (251), das heißt formal gewaltfreier Widerstand gewesen wären. Vielleicht zu idealistisch, präsentiert er den über den Weg des Dialogs mit den Mächtigen geschlossenen Kompromiss als Ausweg aus diesem Dilemma. Anhand historischer Beispiele zeigt Jahn zudem, dass gewaltfreie Aktionen durchaus eine Gewalt vorbereitende Funktion besitzen können.

Ulrike Laubenthal und Rainer Steinweg zufolge sind sich „gewaltfreie AktivistInnen der Relativität der eigenen Wahrheit und der eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen stets bewusst“ (14). „Der gewaltfrei Handelnde fühlt sich mit dem Gegner als entfremdeten Menschen solidarisches und ist daher stets zum Dialog mit ihm bereit.“ (14) Von einer wirklichen Meinungsvielfalt und Dialogbereitschaft ist in diesem Sammelband jedoch leider wenig zu sehen. Fast alle Autoren sind selbst als Friedensaktivisten tätig, was sich oft in einer einseitigen Sichtweise und daraus resultierender Redundanz äußert. Gerade im Sinne der gewaltfreien Bewegung wäre es sinnvoll gewesen,

auch „Gegner“ spezifischer gewaltfreier Aktionen zu Wort kommen zu lassen und über den Tellerrand der eigenen Klientel hinauszublicken. Die Qualität der einzelnen Beiträge variiert stark: Während sich manche Autoren erfolgreich um eine objektive Analyse der Aktionen und ihrer Wirkungsmechanismen bemühen, scheint es anderen eher daran gelegen zu sein, Pamphlete für die Gewaltfreiheit zu verfassen und ihre eigenen Aktionen zu glorifizieren. Der Bereich „Kritisches“ ist etwas mager ausgefallen. Mit Ausnahme von Jahns Beitrag betrachtet das Buch lediglich Probleme bei der Durchführung gewaltfreier Aktionen, das zugrundeliegende Konzept selbst tastet es nicht an. Dabei gäbe es viele Aspekte, die es kritisch zu behandeln gälte, sei es die Konstruktion perzipierter Mehrheiten durch die Macht der Massenmedien, die Vergleichbarkeit gewaltfreier Aktionen in Demokratien oder in Diktaturen oder der Aufstieg demokratisch nicht-legitimierter, charismatischer Führergestalten. Die Solidarität mit dem Gegner weicht in einigen Beiträgen simpler Polemik, etwa wenn davon die Rede ist, die bundesdeutsche Regierung suche nur nach Vorwänden, um Gewalt gegen friedliche Demonstranten anzuwenden (281), die Polizei setze „Kampfgas“ ein(88) oder die Einführung computerlesbarer Personalausweise scheine „die Lehren aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur auf den Müllhaufen der Geschichte zu fegen“ (269).

Alles in allem ist der Band durchaus lesenswert, insbesondere wenn man mehr über Geisteshaltung und Denkweisen gewaltloser Aktivisten erfahren will. Dass für die Mehrheit der Autoren die Überlegenheit und Richtigkeit gewaltfreier Aktionen eher Grundlage denn

Ergebnis ihrer Analysen ist, schränkt den Erkenntnisgewinn aus diesem Werk jedoch deutlich ein. Zweifellos ist eine normative Ausrichtung in der Friedens- und Konfliktforschung so unvermeidbar wie wünschenswert. Doch merkt *Wolfgang Härtle* treffend an: „Radikalität besteht nicht darin, unter Gleichgesinnten Bekenntnisse zur Notwendigkeit von Revolution auszutauschen.“ (263)

Fabian Hinz

Thomas Homer-Dixon: *Der heilsame Schock. Wie der Klimawandel unsere Gesellschaft zum Guten verändert*. München: oekom 2010, 79 Seiten

Der kanadische Professor für Politikwissenschaft zählt seit fast zwei Jahrzehnten zu den bekanntesten Vertretern der neomalthusianischen Argumentation, die Kombination aus Bevölkerungswachstum und umweltbedingter Ressourcenverknappung führe zu gesellschaftlichen Krisen und gewaltsamen Konflikten. Der schmale Band stellt die überarbeitete Fassung seines Eröffnungsvortrags zur Konferenz „The Great Transformation – Climate Change as Cultural Change“ vom Juni 2009 in Essen dar. Er ist in der Reihe „quergedacht“ erschienen. Die Argumente des Bestseller-Autors schließen an seine zahlreichen Veröffentlichungen an, die längst zum wissenschaftlichen und politischen Mainstream avanciert sind.

Zentraler Ausgangspunkt ist die Annahme unidirektionaler, linearer Kausalketten von Umweltveränderungen zu sozialen und politischen Krisen. Thomas Homer-Dixon beschreibt Szenarien, die vom anthropogenen Klimawandel über Rückgänge der Getreideproduktion in

China zur starken Steigerung der Brotpreise in der Dritten Welt und in deren Folge zu „Aufständen und Gewaltausbrüchen“ (18) führen würden. Es ist unbestritten, dass in zahlreichen Städten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas Proteste gegen den enormen Anstieg der Preise von Grundnahrungsmitteln und Gütern des alltäglichen Gebrauchs wie Speiseöl und Seife stattfinden. Allerdings sind sowohl Veränderungen in den Produktionsmengen als auch die Lebensmittelpreise weniger auf den Klimawandel als vielmehr auf Bedingungen der globalen Agrarmärkte und auf nationalstaatliche Politiken zurückzuführen. Homer-Dixons Argumentation, Hungerkrisen lägen im globalen Klimawandel begründet, neigt dazu, Umweltprobleme zu depolitisieren und politische Probleme internationaler Handels- und Agrarpolitiken zu naturalisieren.

Der Autor sieht im Klimawandel eine globale Krise, die sowohl zerstörerisches als auch schöpferisches Potenzial aufweist: „In einer Welt der nicht zuletzt durch den Klimawandel verursachten Krisen und gesellschaftlichen Zusammenbrüche werden wir geeignete Wege finden müssen, damit diese Erschütterungen nicht in eine Spirale der Gewalt und Auflösung münden, sondern zu einer gesunden Erneuerung führen.“ (23) Im Anschluss an die schumpetersche ökonomische Theorie argumentiert er, ebenso wie in der „modernen kapitalistischen Wirtschaft“ (ebd.), in der Krisen zu technologischen Entwicklungen führten und Märkte „von den Exzessen früherer Boom-Zeiten“ (23f) bereinigt würden, könne aus der Klimakrise gesellschaftlicher Fortschritt resultieren. Voraussetzung dafür sei eine kognitive, ökonomische, politische und normative Wende.

Homer-Dixon kritisiert den verbreiteten Fortschritts- und Wachstumsglauben aus liberal-ökologischer Perspektive. Ausgehend von der Feststellung, dass es sich bei den gängigen ökonomischen Modellen keineswegs um eine „unangreifbare Wahrheit, sondern nur eine besonders wirkmächtige Ideologie“ (46) handelt, fordert Homer-Dixon, ökonomische Systeme stärker auf die Widerstandsfähigkeit gegenüber ökologischen Schocks statt auf dauerhaftes Wachstum auszurichten.

Zweifellos stellt der Klimawandel eine globale Herausforderung dar. Der Autor klammert jedoch weitgehend aus, dass die Verantwortung für seine Ursachen ebenso ungleich verteilt ist wie die Verwundbarkeit gegenüber seinen negativen Folgen. Trotzdem erkennt er an, dass es sich beim Klimawandel nicht um ein „Expertenproblem“ handelt, dem mit technokratischen Lösungsansätzen begegnet werden könne, sondern dass die Vermeidung ökologischen Wandels sowie die Anpassung an seine Folgen politische Aufgaben sind. Für deren demokratische Bearbeitung setzt Homer-Dixon große Hoffnung auf das Internet, „das zur schnellen dezentralisierten Problemlösung beitragen [kann], die die Welt so dringend benötigt“ (59). Die Idee, auf dessen Grundlage ließen sich „radikal neue Formen demokratischer Entscheidungsfindung“ (60) jenseits staatlicher Strukturen schaffen, ist nicht neu, verliert aber angesichts des Fortbestehens der globalen „digital gap“ zusehends an Popularität. Homer-Dixons Interpretation des Klimawandels als globalem Menschheitsproblem steht in der Tradition liberaler Weltgesellschaftstheorien, die soziale Ungleichheitsstrukturen und Machtverhältnisse

weitgehend ausblenden. Seine optimistische Prognose über die Möglichkeit, es „demokratisch“ zu bearbeiten, geht an der Lebensrealität der meisten Menschen vorbei, die bereits heute alltäglich negativ von den Folgen betroffen sind.

Bettina Engels

Olaf Gerlach, Marco Hahn, Stefan Kalmring, Daniel Kunitz & Andreas Nowak (Hg.): *Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika*. Berlin: Dietz 2009, 276 Seiten

Angesichts der zunehmenden internationalen Vernetzung von Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkten und der weltweiten Ausbreitung kapitalistischer Vergesellschaftungsformen ist globale Solidarität als ein „strategischer Begriff“, der ein „Handeln zur Gegenwehr“ (Frieder Otto Wolf, 61) bezeichnet, nach wie vor von zentraler Bedeutung für linke, emanzipatorische Politik. Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte, die symbolischen und diskursiven Aneignungen des Begriffs und die damit verbundenen Gesellschaftskonzepte zeigt jedoch auch, dass der Begriff der Solidarität zwar ein „begehrtes symbolisches Gut“ (Claudia von Braunmühl, 33) darstellt, das jedoch von linken Bewegungen bzw. Gruppierungen im globalen Norden und Süden häufig mit sehr unterschiedlichen Inhalten gefüllt wurde. Soll emanzipatorische Solidarität, die nach den „Ursachen und Strukturen von Not und Elend“ fragt und als bewusster „Gegenentwurf zu asymmetrischen Beziehungen“ (Eingleitung, 12) angelegt ist, nicht zum *empty signifier* verkommen, bedarf es daher einer genauen Begriffs- und Zielbestimmung und einer kritischen Auseinandersetzung mit den damit verbundenen

Ab- und Ausgrenzungsprozessen nach innen wie außen.

Die im hier zu besprechenden Sammelband erschienenen Beiträge haben diese schwierige Herausforderungen angenommen und es sich zur Aufgabe gesetzt, sich vor dem Hintergrund des Wiedererstarkens der lateinamerikanischen Linken noch einmal kritisch mit Geschichte, Aktualität und Problematik internationaler Solidarität auseinanderzusetzen. Die in vier Themenblöcke gegliederten Artikel gehen auf eine Ringvorlesung zurück, die auf Initiative des stiftungsübergreifenden stipendiatischen Arbeitskreises Internationalismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung am Lateinamerikainstitut der Freien Universität in Berlin im Wintersemester 2006/2007 organisiert wurde.

Den ebenso pointierten wie pointenreichen Auftakt machen Reinhart Kößler und Henning Melber, die bereits 2002 mit ihrer Streitschrift zur globalen Solidarität die Debatte in der Bundesrepublik wesentlich mitgeprägt hatten. In „Hoch die ...“. Zur Geschichte, Aktualität und Problematik internationaler Solidarität“ (19ff) gehen sie nun von Neuem nachdrücklich auf die mit der Begriffsbestimmung einhergehenden Grenzziehungen und auf die blinden Flecken der Solidaritätsbewegungen in den Industriestaaten ein. Formen von Solidarität produzierten und reproduzierten immer auch Grenzen, wie bereits ein Blick auf die bewusste Verweigerung von Bürgerrechten für Frauen, Besitzlose und Schwarze bzw. Sklaven nach der französischen Revolution deutlich zeige. Angeblich internationale Solidarität bricht sich somit häufig an territorialen, ethnischen oder Gengergrenzen. Derartige Grenzziehungen

und blinde Flecken werden auch in einer ganzen Reihe weiterer Beiträge thematisiert und kritisiert. So fordert etwa Wolf-Dieter Narr in seinem Beitrag „Fremderscheinung Solidarität in Zeiten globaler Konkurrenz – eine kontrafaktische Spurensuche“ (105ff) unter Hinweis auf die subtilen Ent- und Ausgrenzungsprozesse, die mit heutigen Solidaritätsformen verbunden sind, konsequenterweise eine „antinationale Solidarität“, verstanden als „Solidarität mit allen Minderheiten dieses Globus, zuerst und zuletzt der letzten Minderheit, der einzelnen Person und aller einzelnen Personen“ (129). Christa Wichterich („Gemeinsam und verschieden: fragend schreiten wir voran. Internationale Frauensolidarität im Kontext von Global Governance“, 43ff) verdeutlicht die Spannungsverhältnisse zwischen feministischen AktivistInnen und Frauenbewegungen im globalen Norden und im globalen Süden und weist auf die Limitierungen und Transformationsprozesse internationaler Frauensolidarität unter den Bedingungen wachsender transnationaler Netzworke hin. Internationale Frauennetze hätten zwar unter Rückgriff auf den Begriff der Solidarität ihre Sichtbarkeit und Artikulationsfähigkeit deutlich verbessert, seien jedoch durch die wachsende Einbindung in institutionelle Verfahrenstechniken auch zunehmend entpolitisiert und ihres emanzipatorischen Potenzials beraubt worden. Claudia von Braunmühl nimmt in ihrem Beitrag „Geschichte und Perspektiven der Solidaritätsbewegung in der BRD“ (33ff) die entwicklungspolitisch engagierten NGOs in der BRD von ihren Anfängen in der Solidaritätsbewegung über die Dritte-Welt-Bewegung bis hin zur globalisierungskritischen Bewegung in den Blick.

Ähnlich wie bereits Köbler und Melber in dem Einführungsartikel weist auch sie auf die blinden Flecken der europäischen Solidaritätsbewegungen der 1960er und 1970er Jahre hin: Charakteristisch für diese Bewegungen sei ihre distanzlose Identifikation mit emanzipativer Gewalt. Anhand ihrer Analyse der Handlungsstrategien globalisierungskritischer Gruppen und Organisationen wirft von Braunmühl dann die Frage auf, welche neuen und angemessenen Ausdrucksformen von Solidarität angesichts der drastisch veränderten Rahmenbedingungen möglich seien. Stefan Kalming und Andreas Nowak („Globalisierungskritik und Solidarität: Zur Theorie, Strategie und Geschichte eines notwendigen Projektes“, 69ff) rechnen ebenfalls kritisch mit den verschiedenen linken und globalisierungskritischen Gruppierungen in Ländern des Nordens ab, denen es zumeist schwerfalle, ein „gesamtgesellschaftliches Projekt zu formulieren“ (78): Daher setzen sie ihre Hoffnung in das Beispiel der lateinamerikanischen Linken, die auf die Vielgestaltigkeit linker Gesellschaftskonzepte hinweise.

Diese Diagnose führt zum zweiten Schwerpunkt des Sammelbandes, der sich mit dem – für zahlreiche BeobachterInnen überraschenden – Wiedererstarken der lateinamerikanischen Linken zu Beginn des 21. Jahrhunderts auseinandersetzt. Bereits in den 1960er und 1970er Jahren hatte diese eine starke Faszination auf die europäische Linke ausgeübt. Kritische europäische Nachkriegsgenerationen solidarisierten sich mit den kubanischen und nicaraguanischen Revolutionären, den Stadtgueriller@s in Argentinien, Uruguay oder Chile oder demonstrierten massenhaft gegen den blutigen Putsch

von 1973 in Chile, mit dem die Militärs der demokratisch gewählten, sozialistische Regierung Allendes ein gewalttames Ende setzten. Im Gegensatz zu dieser zumeist revolutionär gesinnten, lateinamerikanischen Linken, die noch mit dem Anspruch auftrat, das kapitalistische Gesellschaftssystem grundlegend zu transformieren, bietet die heutige weniger Identifikationsmöglichkeiten für Solidaritätsbewegungen im globalen Norden. Zwar löste der Aufstand der mexikanischen Zapatisten im Kontext der Unterzeichnung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA einen gewissen Enthusiasmus unter europäischen linken Gruppierungen aus, denen das revolutionäre Subjekt auf heimatlichem Territorium abhanden gekommen war. Doch weder diese neue Form von Cyber-Guerilla noch die heutigen Linksregierungen weisen ähnliche transformatorische Aspirationen wie ihre Vorgänger im letzten Jahrhundert auf. Gewaltsame Machtergreifungen seien dieser „neuen“ Linken ebenso fremd, so Albert Sterr („Lateinamerikas Linksentwicklung – Reformen, national-populäre Regierungen und rebellische Basisbewegungen“, 165ff), wie der kurz- oder mittelfristige Wandel der Produktionsverhältnisse oder ein grundlegender Strukturwandel der Gesellschaft. Auch in Ländern wie Venezuela und Bolivien blieben die politischen Maßnahmen weit hinter dem revolutionären Anspruch zurück. Dennoch biete auch die heutige, sehr heterogene lateinamerikanische Linke zahlreiche Anknüpfungspunkte für das Nachdenken über zeitgemäße Formen emanzipatorischer Solidarität. Trotz aller Heterogenität suchten alle linken Regierungen und politischen Gruppierungen nach ernsthaften

Alternativen zu neoliberalen Gesellschaftsentwürfen. Dies zeigt sich, wie Dieter Boris („Die neuen ‘Mitte-Links’-Regierungen in Lateinamerika“, 179ff) schreibt, an der Wiederaufwertung des Staates, d.h. u.a. an einer aktiven, staatlich geförderten Wirtschaftspolitik, dem gezielten Einsatz von wohlfahrtsstaatlichen Politiken zum Aufbau neuer gesellschaftlicher Allianzen und einer neuen selbstbewussten Außenpolitik. Jenseits aller ideologischen Differenzen zeichneten sich diese neuen Linksregierungen durch ihr gemeinsames Interesse an der Förderung neuer Partizipationsformen auf lokaler Ebene aus, sei es in der Form von Beteiligungshaushalten (vgl. den Beitrag von Lutz Brangsch: „Praktische Kritik von überkommener Praxis und Theorie: Der Beteiligungshaushalt von Porto Alegre“, 229ff), die inzwischen auch nach Europa exportiert werden, sei es in Gestalt von kommunalen Räten in Venezuela, mit denen sich Dario Azzellini („Volksmacht und Emanzipation: Kommunale Räte in Venezuela“, 245ff) auseinandersetzt. Interessant ist, dass diese Emanzipationsprozesse – anders als in der klassenzentrierten Sichtweise der traditionellen lateinamerikanischen Linken – nicht von den klassischen Akteuren, sondern von neuen sozialen Bewegungen getragen werden, die sich nicht mehr ausschließlich entlang von Klassendifferenzen verorten lassen. Neben der Ethnisierung des Politischen, womit sich Juliane Ströbele-Gregor anhand eines Vergleichs zwischen Bolivien und Ecuador auseinandersetzt („Die Ethnisierung des Politischen. Politische Indigene Bewegungen in Ecuador und Bolivien“, 193ff), spielen hierbei auch in zunehmendem Maße neue gewerkschaftliche Organisationsformen im Sinne

eines neuen *Social Movement Unionism* (Olaf Gerlach: „Krise der Arbeiterbewegung und gewerkschaftliche Erneuerung“, 85ff) eine Rolle. Ob sich hierdurch bereits ein Durchbruch post-neoliberaler emanzipatorischer Kräfte andeutet, der zu einer Transformation der bestehenden Herrschaftsverhältnisse führen könnte, oder die gegenwärtigen sozialen Kämpfe lediglich in eine neue Phase passiver Revolutionen (Gramsci) münden, lässt sich laut Ulrich Brand und Nicola Sekler („‘Post-neoliberale’ emanzipatorische Kräfte in Lateinamerika?“, 207ff) derzeit noch nicht abschätzen. Wie die gegenwärtigen Debatten um soziale Gerechtigkeit, Sozialstaatsreformen und das bedingungslose Grundeinkommen als BürgerInnenrechte zeigen, dürfte die von der „neuen“ lateinamerikanischen Linken aufgeworfene „alte“ soziale Frage kritischen sozialen Bewegungen in Europa aber weiterhin einige Hausaufgaben für

die Suche nach zeitgemäßen Formen emanzipatorischer Solidarität aufgeben. Dies impliziert u.a. ein systematischeres Nachdenken über die Möglichkeiten und Grenzen transnationaler Netzwerke zum Abbau nationaler und internationaler Ungleichheitsverhältnisse, die Chancen der Durchsetzbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle BürgerInnen des globalen Nordens und Südens, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Position im (globalen) Arbeitsmarkt sowie die konkrete Gestalt eines post-neoliberalen emanzipatorischen Gesellschaftsprojektes jenseits des nationalstaatlichen Containers. Der hier besprochene Sammelband stellt zur richtigen Zeit die richtigen Fragen und regt dazu an, die Begriffs- und Positionsbestimmung internationaler Solidarität in der post-neoliberalen Phase ein Stück voranzutreiben.

Ingrid Wehr

Eingegangene Bücher

Ang Chin By; Klaus Heidel & Wong Staphany (Hg.): „*Ich kann den Klimawandel spüren.*“ *Klimawandel und China: Zivilgesellschaftliche Perspektiven.* Heidelberg: Werkstatt Ökonomie 2010, 44 S.
ISBN: 9783925910005

Antweiler, Christoph: *Mensch und Weltkultur. Für einen realistischen Kosmopolitismus im Zeitalter der Globalisierung.* Bielefeld: transcript 2011, 321 S.
ISBN: 9783837616347

Basler Afrika Bibliographien: *2010 Jahresbericht – 2010 Annual Report.* Basel: Basler Afrika Bibliographien 2011, 61 S.
ISSN: 1424-2931

Boatcă, Manuela, & Willfried Spohn (Hg.): *Globale, multiple und postkoloniale Modernen.* Mering: Rainer Hampp Verlag 2010 (= Zentrum und Peripherie, Bd. 7), 370 S.
ISBN: 9783866184671

Buckley-Zistel, Susanne, & Thomas Kater (Hg.): *Nach Krieg, Gewalt und Repression. Vom*

schwierigen Umgang mit der Vergangenheit. Baden-Baden: Nomos 2011 (= AFK-Friedensschriften, Bd. 36), 258 S.
ISBN: 9783832962425

Buck-Morss, Susan: *Hegel und Haiti. Für eine neue Universalgeschichte.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag 2011 (= edition suhrkamp, Bd. 2623), 217 S.
ISBN: 9783518126233

Chu, Chin-peng; Alexander Grasse; Sang-Chul Park & Markus Porsche-Ludwig (Hg.): *Local Governance in the Global Context. Theory and Practice.* Berlin: Lit 2010, 307 S.
ISBN: 9783643900364

de Jong, Willemijn, & Olga Tkach: *Making Bodies, Persons and Families. Normalising Reproductive Technologies in Russia, Switzerland and Germany.* Münster u.a.: LIT 2009 (= Swiss: Forschung und Wissenschaft, Bd. 2), 248 S.

ISBN: 9783643800206

- Dolan, Chris: *Social Torture. The Case of Northern Uganda, 1986-2006*. Oxford: Berghahn Books 2011, 338 S.
ISBN: 9780857452917
- Dröschner, Barbara: *Havanna Lektionen. Kuba zwischen Alltag, Kultur und Politik*. Berlin: edition tranvia – Verlag Walter Frey 2011, 232 S.
ISBN: 9783938944516
- Glick Schiller, Nina, & Thomas Faist (Hg.): *Migration, Development, and Transnationalization*. Oxford: Berghahn Books 2011, 212 S.
ISBN: 9780857451781
- Goldblatt, Israel: *Building Bridges. Namibian Nationalists Clemens Kapuuo, Hosea Kutako, Brendan Simbwaye, Samuel Witbooi*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2010, 138 S.
ISBN: 9783905758160
- Husa, Karl; Christof Parnreiter & Helmut Wohlschlägl (Hg.): *Weltbevölkerung. Zu viele, zu wenige, schlecht verteilt?*. Wien: Promedia 2011 (= Edition Historische Sozialkunde/ Internationale Entwicklung), 280 S.
ISBN: 9783853713280
- Knüttel, Katharina, & Martin Seeliger (Hg.): *Intersektionalität und Kulturindustrie. Zum Verhältnis sozialer Kategorien und kultureller Repräsentationen*. Bielefeld: transcript 2011 (= Gender Studies), 288 S.
ISBN: 9783837614947
- Meggle, Georg: *Philosophische Interventionen*. Paderborn: mentis 2011, 226 S.
ISBN: 9783897857254
- Pollard, Jane; Cheryl McEwan & Alex Hughes (Hg.): *Postcolonial Economies*. London: Zed Books 2011, 240 S.
ISBN: 9781848134041
- Sarkin, Jeremy: *Germany's Genocide of the Herero. Kaiser Wilhelm II, His General, His Settlers, His Soldiers*. Abingdon (Oxon): James Currey, & Cape Town: UCT Press 2011, 276 S.
ISBN: 9781847010322
- Selek, Pinar: *Zum Mann gehätschelt. Zum Mann gedrillt. Männliche Identitäten*. Berlin: Orlanda 2011, 240 S.
ISBN: 9783936937732
- Sezgin, Yüksel (Hg.): *Human Rights and Legal Pluralism*. Münster u.a.: LIT 2011 (= The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law, Bd. 60), 186 S.
ISBN: 9783643999054
- Töttemeyer, Gerhard: *Church and State in Namibia. The Politics of Reconciliation*. Freiburg i.Br.: Arnold Bergstraesser Institut 2010, 188 S.
ISBN: 9783928597579
- Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.): *Welt-Sichten*, 4/2011. Frankfurt a.M.: GEP 2011, 66 S.
ISSN: 1865-7966
- Wallace, Marion, & Jon Kinahan: *A History of Namibia: From the Earliest Times to 1990*. London: Hurst Publishers 2010, 451 S.
ISBN: 9781849040914
- Wehr, Ingrid, & Hans-Jürgen Burchardt (Hg.): *Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt*. Baden-Baden: Nomos 2011 (= Studien zu Lateinamerika, Bd. 10), 334 S.
ISBN: 9783832962784
- WIDERSPRUCH: *Nr. 59: Integration und Menschenrechte*. 30. Jg., 2. Halbjahr. Zürich: WIDERSPRUCH. Beiträge zu sozialistischer Politik 2010 (Bezug: Postfach, CH – 8031 Zürich), 224 S.
ISSN: 1420-0945
- Wolff, Ernst: *Political Responsibility for a Globalised World. After Levinas' Humanism*. Bielefeld: transcript 2011 (= Globaler Humanismus), 286 S.
ISBN: 9783837616941